

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 12. Juli 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Gegen die Steuer auf Krankheit! — Für den Schutz der Volksgesundheit!

Mit diesem Thema fand am 3. Juli 1930 im Reichswirtschaftsrat in Berlin eine öffentliche Kundgebung statt, die vom Verein sozialistischer Ärzte, von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte und von unserem Gesamt-Verband einberufen war. Sechs Referenten, von den drei einberufenen Verbänden gestellt, behandelten in einheitlicher Linie die Maßnahmen der reaktionären Regierung Brüning, soweit sie sich auf den Gesetzentwurf über Änderungen in der Krankenversicherung beziehen. Dieser Gesetzentwurf, der im Schnellzugstempo den Reichstag passierte und schon an der nächsten Station, dem Reichstag, angelangt ist, soll mit der offensichtlichsten Absicht durchgepeitscht werden, die Versicherten nicht erst zu Verstand kommen zu lassen.

Von den Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes wurden die beabsichtigten Krankenschein- und Arzneigebühren besonders kritisch behandelt. Die Arzneigebühr in Höhe von 50 Pf. bedeutet in ihrer Auswirkung, daß die Krankenkassen für die Folgezeit nur noch einen Zuschuß zu den Arzneikosten in Höhe von etwa 50 Proz. zu leisten hätten. Diese Tatsache ergibt sich daraus, daß die Kosten für die einzelne Arznei im Reichsmaßstabe gesehen im vergangenen Jahre 1,10 Mk. betrug. Die Krankenscheingebühr ist geeignet, den erkrankten Proletarier davon abzuhalten, den Arzt rechtzeitig aufzusuchen. Die ganze Schwere dieser Bestimmung wird dann ersichtlich, wenn man berücksichtigt, daß erstens diese Gebühr auch für die Familienangehörigen und zweitens auch von den Erwerbslosen gezahlt werden soll.

Eine weitere Bestimmung der Gesetzesvorlagen besagt, daß die Höchstgrundlohngrenze von 10 auf 9 Mk. herabgesetzt, daß nicht mehr für sieben, sondern nur für sechs Tage Krankengeld gewährt und daß dieses von 60 Proz. auf 50 Proz. herabgesetzt werden soll. In der Praxis bedeutet das, daß ein Versicherter mit einem Wocheneinkommen von 60 Mk., der bisher 42 Mk. Krankengeld erhalten hat, für die Zukunft nur noch 27 Mk. bekommen soll. Rechnet man hinzu Arznei- und Krankenscheingebühr, so ergibt sich eine Minderung des Krankengeldes von durchschnittlich 17 Mk. pro Woche. Wenn hier auch der ungünstigste Fall gezeigt ist, so muß doch in Betracht gezogen werden, daß derjenige Versicherte, der ein niedrigeres Einkommen und damit ein geringeres Krankengeld erhält, mindestens ebenso schwer getroffen ist, wenn auch der Unterschied bei ihm nicht 17 Mk., sondern im Durchschnitt etwa 10 Mk. beträgt.

Von einem der Referenten wurde in sehr treffender Weise zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei dieser Verschlechterung der Krankenversicherung lediglich um einen Ausschritt aus den allgemeinen Bestrebungen handelt. Diese Be-

strebungen sind darauf abgestellt, die ganzen Lasten, die gedeckt werden müssen, auf die Schultern der arbeitenden Volksmassen abzuwälzen. Was wir erleben, ist der Kampf einer Klasse gegen die andere. Das muß das Signal dafür sein, das arbeitende Volk zu einer gemeinsamen Abwehrfront zusammenzuschweißen.

Die verschiedenen Referenten, auch die der beiden beteiligten sozialistischen Ärztevereinigungen, rechneten in sehr scharfer Weise mit den bürgerlichen Vereinigungen ab. Sie sind es gewesen, die den Boden vorbereitet haben, auf dem dieser Gesetzentwurf entstehen konnte. Nicht nur durch ganz systematischen Kampf gegen die Sozialversicherung, sondern auch gegen die Versicherten. Um so erfreulicher ist es, daß sich eine größere Anzahl von Ärzten gefunden hat, die den Anschluß an unsere Organisation vollzogen und damit zu erkennen gegeben hat, daß sie bereit sind, Standesunterschiede auszuschalten und gemeinsam mit dem freigewerkschaftlich organisierten Proletariat den Kampf zu führen gegen das Attentat der Reichsregierung auf die Volksgesundheit. Folgende Entschließung wurde fast einstimmig angenommen:

Die reaktionäre Brüning-Regierung plant als Ausführungsorgan der Unternehmerverbände eine weitgehende Verschlechterung der kassenärztlichen Versorgung, um auf Kosten der Versicherten die Reichsfinanzen, insbesondere die Arbeitslosenversicherung zu sanieren. Einzelne Minister bezeichneten dieses Attentat auf die Volksgesundheit obendrein noch als den Beginn einer „Gesamtreform“ der Sozialversicherung.

Ein in seinen Ausmaßen nicht überschaubarer Zusammenbruch der jetzt schon schlechten Gesundheitslage der arbeitenden und arbeitslosen Volksmassen ist, wenn die Pläne der Regierung Gesetz werden sollten, mit Sicherheit zu erwarten.

Die Vorstände der Ärzte- und Kassenverbände, die leider früheren Abbautendenzen in der Sozialversicherung nicht immer mit dem nötigen Nachdruck entgegenwirkten, können nur in enger Kampfgemeinschaft mit den Kreisen der Versicherten, den Arbeitern und Angestellten einer Zerstörung des Gesundheitswesens Einhalt gebieten.

Statt durch Krankheitssteuer würden durch Zentralisierung der etwa 7000 Einzelkassen genügende Mittel erspart werden. Im übrigen wären weitgehende Einsparungen am Reichswehr- und Marineetat, an den Kosten der auswärtigen Vertretungen und an den hohen Pensionen zu empfehlen. Eine weitere Belastung der werktätigen Bevölkerung muß auf das entschiedenste abgelehnt, eine Heranziehung der Besitzenden Kreise unter allen Umständen verlangt werden.

Den Kassenärzten und dem ärztlichen Nachwuchs wird anlässlich der jetzigen Vertrauenskrise innerhalb der Ärztenverbände dringend angeraten, sich freigewerkschaftlich zu organisieren.

Nieder mit der Krankensteuer und der reaktionären Regierung! Her mit dem erhöhten Gesundheitschutz für die Werktätigen! P. Levy.

Das Notopfer und die Beamten

Die Ablehnung des sogenannten „Notopfers“ durch die Beamtenenschaft wird in weiten Kreisen der Öffentlichkeit nicht verstanden. Die lebenslänglich angestellten und pensionsberechtigten Beamten, die vor jeder Not geschützt sind, so meint man, hätten eigentlich sogar die Verpflichtung gehabt, freiwillig das Notopfer auf sich zu nehmen.

Diese Gedankengänge finden wir nicht nur in einem großen Teil der Presse; sie werden auch im Betrieb, in der Werkstatt, im Freundes- und Familienkreise geäußert. Eine gewisse gefühlsmäßige Abneigung gegen die Beamtenenschaft spricht dabei mit; die Arbeiterenschaft der älteren Generation weiß noch, wie sehr sich die Beamten als Vollzugsorgane des alten Obrigkeits- und Polizeistaates zur Niederdrückung der Arbeiterbewegung fühlten; auch heute sieht die Arbeiterenschaft, daß viele, viele Beamte nur gezwungen dem republikanischen Staat dienen und heute lieber als morgen einen anderen politischen Wind wehen sehen würden; ist es ferner nicht Tatsache, daß die große Masse der Beamtenenschaft jede enge Verbindung mit der modernen Arbeiterbewegung meidet und gerade durch die organisatorische Absonderung in sogenannten „neutralen“, in Wirklichkeit aber bürgerlichen Organisationen dafür sorgt, daß die Arbeiterenschaft ihren sozialen Fragen gegenüber fremd ist?

Unser Gesamt-Verband steht ebenso wie seine Vorgänger der Beamtenenschaft anders gegenüber. Wir wissen, daß sie durchaus keine homogene Masse ist. Gewiß wird in manchen Kreisen der Beamten auch heute noch ein für den republikanischen Volksstaat geradezu unerträglicher Standesdünkel konserviert. Diese Leute sind empört, wenn man sie als „Arbeitnehmer“ bezeichnet. Aber andererseits dringt in immer weitere Schichten der Beamten — nicht zuletzt durch unsere zielbewußte freigewerkschaftliche Arbeit — die Erkenntnis durch, daß sie ebenso wie die Arbeiter und Angestellten zum Proletariat gehören, zur großen Masse derer, die nur durch ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit leben; und diese Beamten ziehen auch die weitere Folgerung, daß sie ihre wirtschaftliche und soziale Lage nur im Kampf gegen den Kapitalismus verbessern können, Seite an Seite mit der übrigen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft.

Nur für diese Schichten der Beamtenenschaft können wir hier das Wort ergreifen. Wenn das Organ des „neutralen“ Beamtenbundes das Notopfer der Beamten mit „beamtenrechtlichen“ Erwägungen zurückweist und erklärt, daß es „mit der Struktur des Berufsbeamtentums im Volksstaat unvereinbar wäre“, „den Beamtenstand für die Risiken anderer Erwerbstände haftbar machen zu wollen“, so kann das nur unsere Heiterkeit erregen. Diejenigen, die mit solchen wirklichkeitsfremden Argumentationen glauben, dem Beamtentum einen Dienst zu leisten, sagen in Wahrheit den Ast ab, auf dem die Beamtenenschaft sitzt. Wenn die große Masse des deutschen Volkes den Sinn des Berufsbeamtentums nicht mehr versteht, dann geht die Geschichte einfach über das sogenannte Beamtenrecht hinweg; da muß den Beamten der in der Reichsverfassung garantierte Schutz der „wohl-erworbenen Rechte“ gar nichts mehr.

Die Haltung der von uns vertretenen Beamtenenschaft wird aber von ganz anderen Momenten bestimmt. Soweit das Notopfer, oder wie es in der Vorlage amtlich getauft ist, die „Reichshilfe“ eine Steuer auf die Beamtenenschaft ist, fragen unsere Kollegen mit Recht, womit man diese Sondersteuer begründen will. Mit der Behauptung, die Beamten seien lebenslänglich angestellt und pensionsberechtigt, befänden sich also in völlig gesicherter Lebensstellung, ist die Öffentlichkeit überzeugt worden. In Wirklichkeit wurde sie aber damit getäuscht! Die Voraussetzung der lebenslänglichen Anstellung und Pensionsberechtigung trifft auf die höheren und gehobenen mittleren Beamten zu; die große Masse der Beamten der mittleren und unteren Besoldungsgruppen jedoch, besonders in den Betriebsverwaltungen, steht zeitlebens oder doch während der größten Zeit ihrer Diensttätigkeit im Kündigungsverhältnis. Die Diätäre und außerplanmäßigen Beamten können sogar jederzeit auf die Straße gesetzt werden. Sie alle haben nicht den geringsten Anspruch auf Pension, ja nicht einmal auf die Leistungen der sozialen Versicherung. Das sind die Kollegen, die wir hauptsächlich gewerkschaftlich zu vertreten haben. Daß die Öffentlichkeit über ihre wirkliche soziale Lage so irregeführt worden ist, wirkt in der Tat verbitternd auf sie.

In der Tat ist auch gar nicht die „gesicherte Lebensstellung“ der Beamten das Motiv für diese „Reichshilfe“; das geht daraus hervor, daß sie nicht nur auf die Beamten beschränkt, sondern auch auf alle öffentlichen Angestellten, die ohne weiteres monatlich gekündigt werden können, heranzieht. Nicht soziale Gerechtigkeit, wie man es hinzustellen beliebt, ist der Grund für diese Sondersteuer, sondern einfach die Tatsache, daß man die öffentlichen Arbeitnehmer am einfachsten fassen kann. Den Besitz läßt man ungeschoren, weil er sich sonst ins Ausland flüchten würde.

Aber auch über all diese Einwände müßte man sich hinwegsetzen, wenn dieses sogenannte „Notopfer“ tatsächlich ein Notopfer wäre, weil es keine anderen Wege mehr gibt, um die Reichsfinanzen zu sanieren. In Wahrheit gibt es aber viele andere Mittel. In erster Linie könnten Hunderte von Millionen am Etat eingespart werden; es seien nur der Wehretat und der Etat des Auswärtigen Amtes erwähnt. Es könnten dann weiter mehr als eine halbe Milliarde rückständige Steuern eingezogen werden, wenn die Besitzenden so rücksichtslos wie die Lohnempfänger angefaßt würden. Ohne Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern wäre es möglich, durch ein Bierhandels- und durch ein Tabakmonopol fast eine Milliarde neuer Reichseinnahmen zu schaffen. Warum geht man nicht an den Ausbau der Erbschaftsteuer heran? Warum läßt die Reichsregierung die angekündigte Besteuerung der Tantiemen und Gratifikationen der Aufsichtsratsmitglieder fallen? Warum geht man nicht an einen Zuschlag zur Körperschaftsteuer heran? Unter dem Druck der Kritik hat man zwar einen Zuschlag von 5 Proz. zur Einkommensteuer bei Einkommen über 8000 Mk. in Vorschlag gebracht. Was bedeutet das aber? Ein Beamter mit 3600 Mk. Gehalt soll 90 Mk. Reichshilfe zahlen. Für einen Staatsangestellten kommt dazu noch der Arbeitslosenbeitrag; er ist mit 171 Mk. belastet. Ein leitender Angestellter in einem Privatbetrieb mit 10 000 Mk. Gehalt, der also mit 880 Mk. besteuert ist, soll davon 5 Proz., also nur 44 Mk. zahlen. Muß diese Ungerechtigkeit nicht empören?

Aber auch das ist immer noch nicht das Entscheidende. Wenn sich unsere Kollegen im Beamtenverhältnis gegen die Reichshilfe wehren, so aus dem gleichen Grunde, aus dem wir den Kampf gegen die Lohnsenkungsaktion der Regierung Brüning-Stegerwald führen. Die Kürzung der Beamtengehälter als Auftakt zur allgemeinen Lohnsenkung ist der eigentliche Sinn des Notopfers. Das zeigt einmal die Begründung der Vorlage, in der „eine echte Gehaltszahlungs-senkung“ nur vorläufig noch nicht für angezeigt gehalten wird, da sich das Ausmaß der Kürzung noch nicht übersehen lasse. Daß eine wirkliche Gehaltsenkung das Ziel ist, zeigt das Schreiben des scharfmacherischen Herrn von Siemens, des Präsidenten vom Verwaltungsrat der Reichsbahn, an die Reichsregierung, in dem er eine „allgemeine Senkung der Personalausgaben“ fordert und zu diesem Zweck eine Änderung der Reichsbesoldungsordnung und eine vorzeitige Lösung der Tarifverträge nahelegt. Wenn die Deutsche Volkspartei gegen das Notopfer der Beamten auftrat, so deshalb, weil es der Regierung an „Zivilcourage“ fehlt. „Man hat nicht den Mut“, schrieb die „Kölnische Zeitung“, „den Beamten offen zu sagen, daß aus Rücksicht auf die Reichsfinanzen und die Volksstimmung eine Kürzung der Gehälter beabsichtigt sei.“ Und an anderer Stelle schrieb das Blatt, daß diese Gehaltsenkung „im Rahmen eines großen und allgemeinen Preis- und Lohnsenkungsprogramms“ durchgeführt werden müsse. Die Gehaltskürzung der Beamten müßte man „schon mit dem 1. Oktober d. J. beginnen lassen“. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei appellierte darum an die Beamten, daß sie „sich eine gemeinschaftliche Kraftanstrengung zur Rettung von Staat und Volk durch entsprechende Herabsetzung der Personalausgaben in der gesamten öffentlichen Verwaltung“ nicht versagen möchten. Die Wirtschaftspartei hat „mit Rücksicht auf die notwendige Ausgaben-senkung“ eine Änderung der Besoldungsordnung verlangt.

Das sind mehr als genug Beweise für den inneren Charakter des Notopfers. So wie durch die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedsgerichts von Oepfhausen Stegerwald die allgemeine Unternehmeroffensive zur Sen-

kung der Löhne eingeleitet hat, so soll die „Reichshilfe“ eine Senkung der Beamtgehälter herbeiführen. Diese Verringerung der Kaufkraft auf dem inneren Markt führt uns tiefer in die Krise hinein; denn von einer Senkung der Preise ist selbstverständlich keine Rede, im Gegenteil, sie klettern in die Höhe, wie die Indezahlen beweisen.

Der gemeinsame Widerstand der gesamten Arbeitnehmerschaft muß den wahnwitzigen Plänen dieser Regierung von Kapitals Gnaden entgegengesetzt werden, in denen das Notopfer der Beamten ja nur ein Hilfsmittel ist, um das Hauptziel besser erreichen zu können. Allerdings recht raffiniert ausgedacht, da das Wort „Notopfer“ ja in direkte Verbindung mit der Not der Arbeitslosen gebracht ist. Den rückständigen Beamtenständen soll klar gemacht werden, daß sie ihre Gehaltskürzung der Arbeiterschaft zu verdanken haben, die in keine „vernünftige Reform“ der Arbeitslosenversicherung willigen wollten. Den Arbeitern will man aber sagen können: Die Beamten lehnen das Notopfer ab, also müssen wir die

sozialen Versicherungen abbauen. So will man einen Keil zwischen Arbeiter, Angestellte und Beamte treiben.

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft wird sich aber nicht durch solche Regierungsmethoden auseinander treiben lassen. Die Stimmung, die gegen die Beamtenschaft erzeugt worden ist, wird nicht ihre Erkenntnis trüben, daß die große Masse der Beamtenschaft wirtschaftlich und sozial — auch wenn für sie ein besonderes Beamtenecht vorhanden ist — zur Klasse des Proletariats gehört. Wenn hunderttausende Beamte auch unserer freigewerkschaftlichen Bewegung noch fern stehen, weil sie noch im Standesdünkel und bürgerlicher Ideologie befangen sind, so wird doch die Zeit kommen, in der sie sich in Erkenntnis ihrer Klassenlage in unsere Front einreihen. Wir jedenfalls wollen die Weitsichtigen sein und der Beamtenschaft, die mit der freien Arbeiterbewegung gehen will, den Weg frei machen.
Erich Händeler.

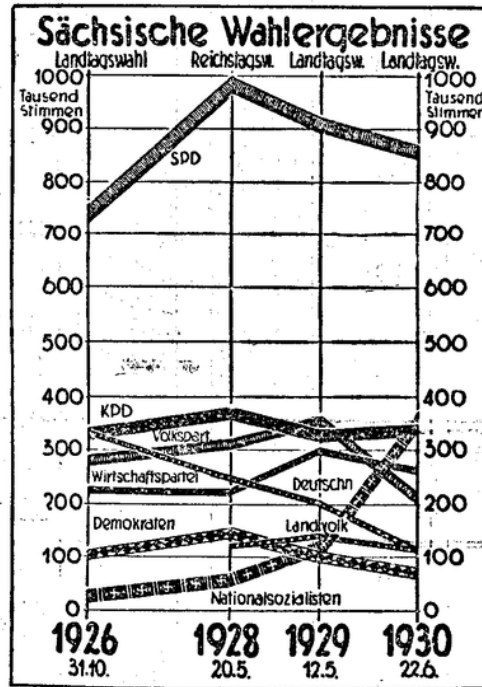
Nachlese zu den Sachsenwahlen

Im ehemals roten Sachsen hat am 22. Juni 1930 wieder einmal Landtagswahl stattgefunden, die statt der erstrebten Klärung nur noch größere Verwirrung geschaffen hat. Der Ansturm der bürgerlichen Parteien auf die Arbeitnehmerparteien ist abgefallen. Jedoch diese haben — ebenso wie im vorigen Landtag — wieder nur 45 Sitze von 96. Verschwunden sind die Altsozialisten, ohne Mandat ist auch die KPD-Opposition geblieben. Aus dieser Tatsache kann die Schlussfolgerung gezogen werden, daß das klassenbewußte Proletariat die Zersplitterung der Kräfte ablehnt und den Zustand wieder erstrebt, in dem zwar innerhalb der Partei die Meinungen über die Taktik auseinandergehen können, daß aber nach außen die Front der Arbeitnehmer geschlossen sein muß. Wenn die Arbeitnehmer ihren politischen Einfluß ihrem Anteil am Staat entsprechend geltend machen wollen, müssen sie aber aus der Rüstkammer des Margismus noch die eine Erkenntnis herausholen, daß mit der Beschimpfung der Sozialisten Schluß gemacht werden muß.

Das höchste Gebot des Margismus ist: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Dieses Gebot ist entstanden aus der Erkenntnis, daß sich die Arbeitnehmerschaft nur selbst befreien kann. Marx hat erkannt, daß die wirtschaftliche Entwicklung zur Proletarisierung des Mittelstandes führt, daß diese Entwicklung unaufhaltsam ist und zur Herrschaft des Proletariats führen muß. In Sachsen wäre diese Herrschaft gegeben, wenn das größte Marxsche Gebot befolgt wäre. Der Erfolg der Nationalsozialisten beruht zweifellos auf dem „Sozialisten“-Antrieb, den sie sich geben. Die Wähler der Nationalsozialistischen Partei sind in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit Arbeitnehmer, die noch nicht erkannt haben, daß sich die von ihnen erklärte Partei von den Kapitalisten aushalten läßt, um zu verhindern, daß die Arbeitnehmer von der ihnen zustehenden Macht Gebrauch machen. Wären Kommunisten und Nationalisten politische Parteien, die nach der Stellung ihrer Wähler in der derzeitigen Gesellschaftsordnung an der Gestaltung der Dinge positiv mitarbeiten wollten, die Arbeitnehmer würden in Sachsen 59 von 96 Sitzen, also die absolute Mehrheit haben. Stimmen- und Mandatszuwachs (180 Proz.) der Nationalisten stammen aus dem Lager der bürgerlichen Parteien, wie unser Schaubild zeigt. Ob dieses Ausschneiden der Unzufriedenen aus den bürgerlichen Parteien in Zukunft zu einem Erfolg der Arbeitnehmer führen wird, hängt davon ab, ob es möglich ist, die sich in ihrer und der Gefolgschaft der KPD. befindlichen Arbeitnehmer davon zu überzeugen, daß Erlösung der Arbeitnehmerschaft aus den derzeitigen Nöten nur durch die Zusammenfassung aller Arbeitnehmer erreicht werden kann. Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftspressen ist deshalb, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß es ihre Pflicht ist, für die politische Zusammenfassung aller Arbeit-

nehmer zu werben, und daß diese Zusammenfassung nur dann zum Erfolg führen kann, wenn das erstrebte Ziel der Ausbau der Reichsverfassung ist.

Nach einer Uebersicht über die Verteilung der Steuerpflichtigen auf die verschiedenen Einkommensstufen haben 43,6 Proz. aller Steuerpflichtigen ein Einkommen von weniger als 1500 Mk. jährlich. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wieviel Unternehmer sich unter diesen 43,6 Proz. befinden und wie sich ihr Lebensaufwand mit diesem geringen Einkommen vereinbaren läßt. Nach einem Bericht des Reichsfinanzministers über die Ergebnisse der Buch- und Betriebsprüfung im Jahre 1929 sind von den 380 000 Betrieben mit mehr als 6 Arbeitnehmern, den 3,1 Millionen Betrieben mit 5 und weniger Arbeitnehmern und der großen Zahl derjenigen Einkommen, die der Selbsteinschätzung unterliegen, 57 620 nachgeprüft worden. Dabei wurden 173,4 Millionen Steuern herausgeholt und 3,1 Millionen Mark Strafen verhängt. Auf einen Fall entfällt also ein Mehr von 3063 Mk. Es wurde also in jedem geprüften Fall mehr an Steuer hinterzogen, als 50 Proz. der Schaffenden — diesmal aber wirklich — verdienen. Der Fehlbetrag des Reichshaushaltes würde also zweifellos beglichen werden können, wenn jeder Steuerpflichtige seine Pflicht so erfüllen würde, wie sie die Lohn- und Gehaltsempfänger durch den Steuerabzug vom Lohn erfüllen müssen. — Die Kapitalflucht ins Ausland wäre zweifellos zu unterbinden, wenn der Betriebsvertretung das dafür notwendige Mitwirkungsrecht gegeben würde. Offenlegung der Steuerlisten und Erweiterung der Befugnisse der Betriebsvertretung — um nur zwei Funktionen zu nennen — würde also zur erheblichen Verbesserung der Finanzen des Reiches und damit auch zur Belebung der Wirtschaft führen. Und um dieses Ziel zu erreichen, wäre nur die geschlossene Front der Arbeitnehmer notwendig. Dasselbe gilt für den Versuch, die Arbeitslosigkeit durch Kürzung der Arbeitslöhne statt durch Kürzung der Arbeitszeit lösen zu wollen. Und so gibt es eine Menge von Dingen, die für die Gestaltung der Lebenshaltung der Schaffenden von entscheidender Bedeutung sind und weder mit Diktatur noch durch Verbannung überwunden, sondern nur in der Demokratie organisiert gelöst werden können. Ueberall aber zeigt sich das grinsende Gesicht der Kapitalisten über die politische Zerissenheit der deutschen Arbeitnehmerschaft.

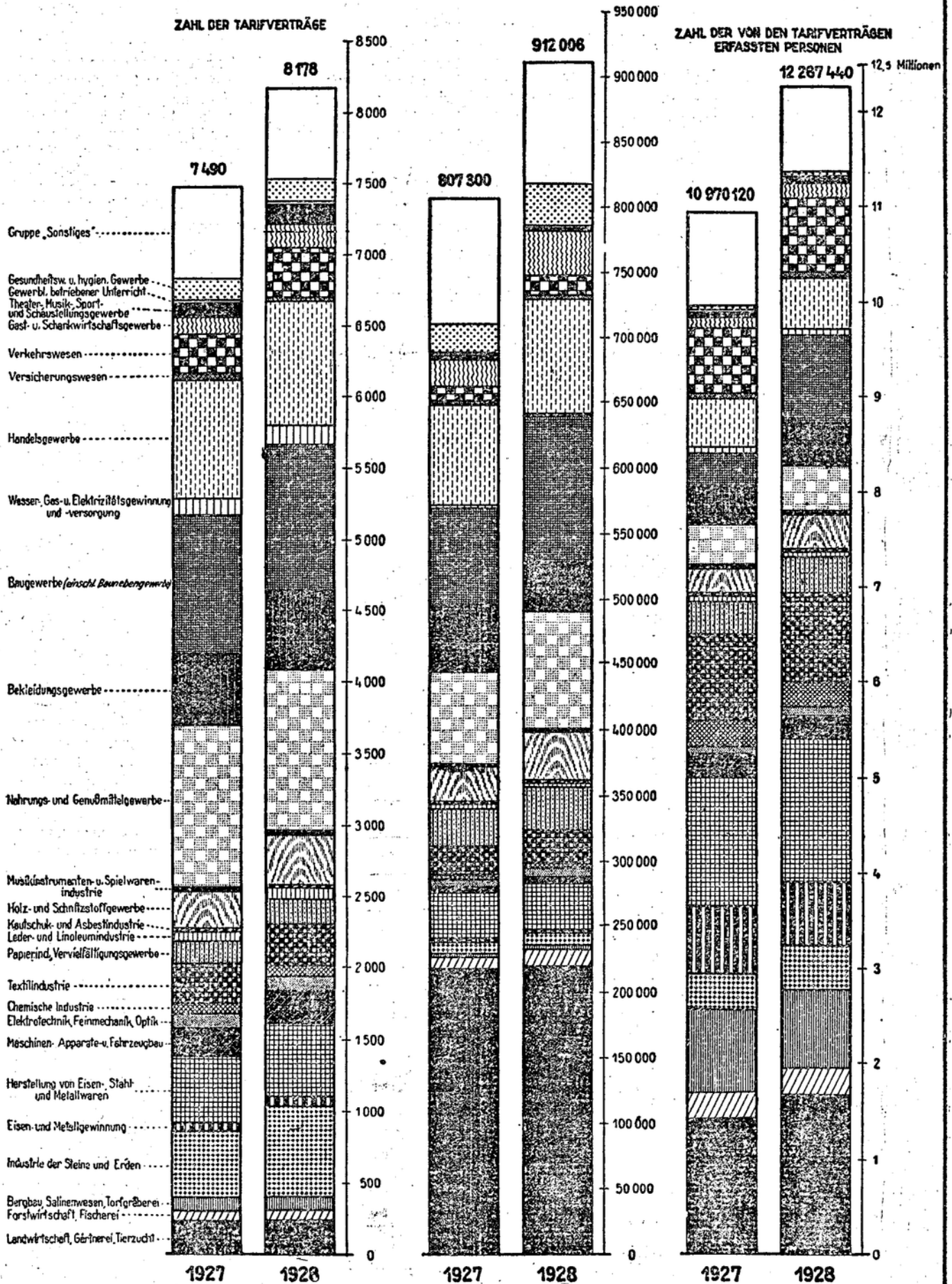


werden können. Ueberall aber zeigt sich das grinsende Gesicht der Kapitalisten über die politische Zerissenheit der deutschen Arbeitnehmerschaft.

Dem ein Ende zu machen, die Einigkeit des deutschen Proletariats auf dem Boden der Reichsverfassung herbeizuführen, ist eine Aufgabe, an deren Erfüllung alle klassenbewußten Arbeitnehmer mit unerschütterlicher Ausdauer arbeiten müssen.
H. W.

DER BESTAND DER TARIFVERTRÄGE IN DEN EINZELNEN GEWERBEGRUPPEN AM 1. JANUAR 1927 U. 1928

ZAHL DER UNTER DIE TARIFVERTRÄGE
FALLENDEN BETRIEBE



Schweden

Stockholm



In diesen Tagen, vom 7. bis 12. Juli 1930, findet in der schwedischen Hauptstadt der fünfte Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Grund genug, einer so an Sehenswürdigkeiten, geschichtlichen und kulturhistorischen Erinnerungen reichen Seestadt ein besonderes Interesse entgegenzubringen. Der Name Stockholm hatte in der internationalen Arbeiterbewegung von jeher einen guten Klang. In manchen Konferenzen und Sitzungen hat man sich hier mit dem Wohl und Wehe der Arbeiterschaft befaßt. Wir möchten nur an die Tagung der Sozialdemokratischen Internationalen erinnern, im Jahre 1917, die Mittel und Wege suchen sollte, um dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Leider verlief die Konferenz ergebnislos, da den Vertreterin von Frankreich, England usw. die Pässe verweigert wurden. Aus den letzten Jahren heben wir hervor die Konferenz des Internationalen Genossenschaftsbundes 1927, den Verbandstag unserer schwedischen Bruderorganisation 1928 und im Juli des vergangenen Jahres den fünften Kongreß der „Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Dienste und Betriebe“, der damit endete, daß das internationale Sekretariat wiederum unserem deutschen Verband übertragen wurde. Also auch in unserer Verbandsgeschichte hat Schweden bzw. Stockholm schon immer eine Rolle gespielt.

Im allgemeinen hat man von den landschaftlichen Verhältnissen dieses Nordlandes eine ganz falsche Ansicht. Man stellt sich Eisberge und furchtbar viel Schnee vor, die einen Verkehr nur mit Skiern und Schlitten erlauben und sieht in der Nähe der menschlichen Ansiedlungen Eisbären haufen. Da kann es einem schon so gehen, wie jenem Deutschen, der in Trelleborg verwundet nach den Schneegebirgen fragte, oder wie der römischen Nobelpreisträgerin Deledda die im Dezember 1927 mit allen möglichen Pelzen ausgerüstet nach Stockholm kam, und sich über die behaglich warm eingerichteten Wohnungen der Schweden wunderte.

Es ist selbstverständlich, daß ein Land, das sich über 14 Breitengrade erstreckt, stark wechselnde Naturverhältnisse aufzuweisen hat. Dazu kommen infolge der geologischen Entwicklung Eigenarten, die man in keinem anderen Teil Europas wiederfindet. Schweden ist das Land der großen Wälder, der vielen Flüsse und der zahlreichen Seen. Die fruchtbaren Landstrecken mit Feldern im Süden bilden einen seltsamen Kontrast zu den breiten Müsteneien in dem äußersten Norden. In Südschweden wachsen Buchen, auf Gotland Akazien, Maulbeerbäume, echte Kastanien. Die Waldgebiete sind von Nadelwäldern mit eingestreuten Birken und anderen Laubbäumen bedeckt. Im Nordwesten, am Rande der Schneeberge, ist die Vegetation alpin und durch Zwergbirken gekennzeichnet. Zwischen den Granitfelsen des Gebirges erstrecken sich bewaldete Höhenrücken, charakteristische Andenken aus der Eiszeit.

Sieht man von den erhabenen Landschaftsformen Nordschweden und von der wuchtigen Gebirgswelt mit ewigem Schnee und Gletschern ab, so ist die schwedische Landschaft nicht überwältigend. Sie bietet keine Sensation für Weltbummler, aber sie besitzt einen zauberischen Reiz, eine lyrische Stimmung, die sich auch im schwedischen Volkscharakter widerspiegelt. Die Farben der Landschaft haben eine Kraft und Schönheit, die den Beschauer gefangen nimmt. Am schönsten aber zeigt sich die Anmut der Landschaft an

den hellen Hochsommerabenden oder an den hell dunklen Sommer Nächten, die um so heller sind, je weiter man nach Norden kommt, bis nördlich vom Polarkreis die wundervolle Mitternachtsjonne herrscht.

Wer Schweden besucht hat, ohne Stockholm gesehen zu haben, hat viel versäumt. Die Fünfhunderttausend-Menschenstadt, eine der schönsten der Welt, hat die Reize einer mittleren Hafenstadt und eines grünen Villenortes, eines Schlosses an einer Meeresbucht und eine weitläufig von freundlichen Menschen in freundlichen Häusern bewohnte Landschaft bewahrt. Die aus unzähligen Felsen und Inseln bestehenden Stockholmer Schären, die die Stadt in viele Teile spalten, sind mit Ausnahme der flachen Inseln mit Nadel- und Laubwald bewachsen. Dadurch bekommen die Wasserstreifen zwischen den Inseln häufig einen idyllischen Charakter und zaubern mit ihren hellen Landhäufeln an den Ufern Bilder hervor, deren Reiz an den Sommerabenden ihren Höhepunkt erreichen. An den äußersten Inseln bricht das Meer seine kraftvollen salzigen Wogen und zahlreiche Fischerböffer mit Netzen und Booten verraten die Erwerbsquelle der Küstenbewohner.

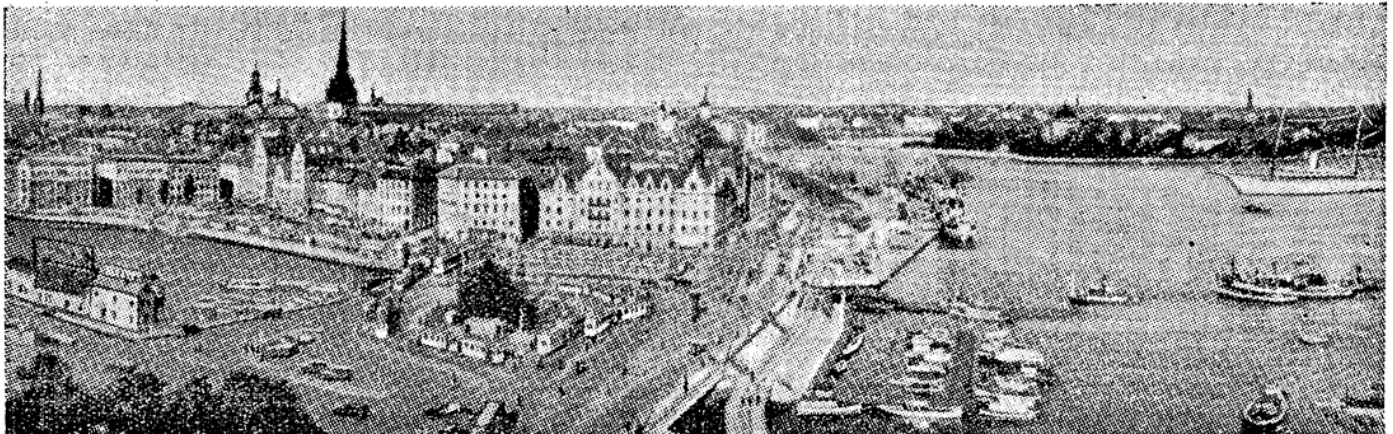
Die Altstadt Staden mit ihren engen Straßen und dem Hafen ist vorwiegend Geschäfts- und Verwaltungsviertel. Auf diesem Teil liegt auch das Schloß, eines der vornehmsten Europas. Dazu kommt das am Mälar-Strand liegende Stadthaus, das von ersten ausländischen Autoritäten, als die bemerkenswerteste europäische Architekturschöpfung der letzten Jahre bezeichnet wurde. Das National-Museum mit seinen Bilder-Galerien und Altertums-Sammlungen, das kulturgeschichtlich interessante Nordische Museum und das weltberühmte Freilicht-Museum Skansen. Auf dem nördlichen Stromufer liegen Norrmalm, Dagsbad, Oestermalm und Kungsholmen, Stadtteile mit schönen denkmalgeschützten Plätzen und Parks. Auf dem Südufer bietet das 50 Meter hohe Södermalm eine herrliche Aussicht über die Stadt.

Stockholm ist die erste Industrie- und neben Gothenburg die erste Handelsstadt Schwedens. In über 1300 Betrieben sind annähernd 50 000 Arbeiter beschäftigt, die mit fast 100 000 Ps motorischer Kraft Erzeugnisse im Werte von rund 600 Millionen Kronen herstellen. Hier ist die Metall-, Lebensmittel-, Papier-, graphische, Textil-, Bekleidungs- und chemische Industrie zu Hause. Die heutige Handelsflotte zählt über 400 Schiffe mit 300 000 Netto-Register-Tonnen. Rund 110 000 Schiffe mit 10 Millionen Netto-Register-Tonnen sind im vergangenen Jahre Stockholm angelassen und haben Güter in der Höhe von nahezu 2 Millionen Tonnen umgeschlagen. Die Stadt bildet einen selbständigen Verwaltungsbezirk mit einem von der Regierung ernannten Oberstadthalter. Die städtische Verwaltung leitet das Stadtkollegium, das aus 18 Mitgliedern und 100 Stadtverordneten besteht. Stockholm ist der Sitz der Ministerien, des Reichstages und der höchsten Gerichte.

Das alles ist also aus dem ehemaligen Fischerdorf geworden, das 1250 zur Stadt erhoben wurde und im Mittelalter unter dem Einfluß der Hanse eine starke deutsche Bevölkerung besaß.

Hoffen wir, daß aus dieser seltsam schönen und phantastischen Stadt, die wie aus dem Wasser geboren scheint, von der Internationale der Arbeit ausgehend, der Gedanke der Verjüngung, der Wille zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise und der Ruf zur Sammlung in den Gewerkschaften, sich eine Bahn bricht: hinaus in die weite Welt!

E. F.



Die weiten, in der Sonne glitzernden Wasserflächen erscheinen auf jedem Panorama von Stockholm wieder

Die Arbeiterbewegung in Schweden

Bis zur Jahrhundertwende war Schweden, das heute knapp 6 Millionen Einwohner zählt, ein vorwiegend agrarisches Land. Noch 1840 lebten mehr als vier Fünftel der Gesamtbevölkerung von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, 1900 über die Hälfte, und erst bei der Berufszählung im Jahre 1920 war der Anteil der Bauern und Fischer auf unter die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung gesunken. Die Vorbedingungen für eine Arbeiterbewegung waren infolgedessen erst verhältnismäßig spät gegeben. Sofort nach Einführung der Gewerbefreiheit kamen die Gesellen in Bewegung. Es hatten bisher Unterstützungskassen der Zünfte bestanden, nun bildeten sich in einer Reihe von Berufen „Gesellenvereine“, die durch Kranken- und Sterbekassen die wirtschaftliche Sicherung aufrechtzuerhalten suchten. Im Jahre 1846 bildeten die Stockholmer Buchdrucker die „Typographen-Vereinigung“, die erste schwedische Gewerkschaft. Die zweite Gewerkschaft war die der Buchbinder, sie wurde

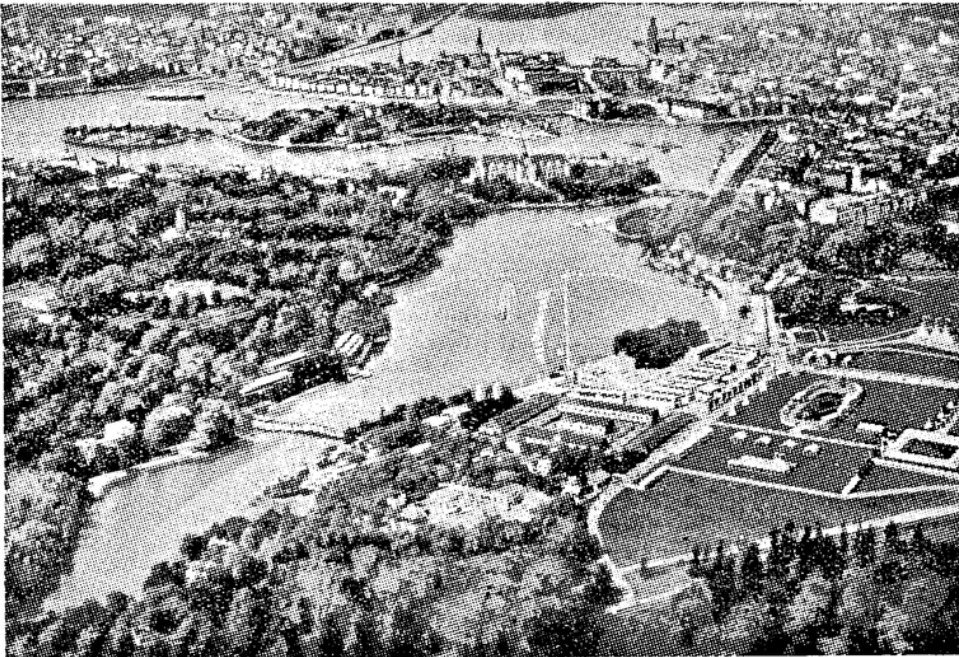
1872 gegründet. Ähnlich wie in Deutschland wurden die Arbeiter systematisch zunächst von Liberalen organisiert, damit sie sich nicht der sozialistischen Bewegung anschließen. Zuerst wurde 1860 im Norden Schwedens ein Arbeiterverein gegründet, der sich programmgemäß von allen sozialistischen Ideen freihalten sollte. Liberale Politiker und Oberlehrer nahmen an anderen Orten das Beispiel auf und gründeten 1865 eine „Gesellschaft zur Förderung von Arbeitervereinen“. Die Arbeiterbildungsvereine waren schon vorher allmählich eingegangen. Doch auch in diesen neuentstehenden Arbeitervereinen scheinen nicht allzuviel Industriearbeiter gewesen zu sein. Hjalmar Branting, der spätere schwedische Ministerpräsident, erzählt, daß diese Vereine noch gegen Ende des Jahrhunderts „in fast allen Städten und Städten bestehen; aber eigentliche Arbeiter sind die wenigsten ihrer Mitglieder, gewöhnlich überwiegen die kleinen Handwerksmeister“. Diese liberalen Arbeitervereine veranstalteten Arbeiterkongresse. Auf dem ersten wurde für die Vereine als Parole ausgegeben: Leben in „Gottesfurcht und frommer Sitte, Fleiß und Sparsamkeit“.

Der Schneidergeselle Palm hatte die Anfänge der Arbeiterbewegung in Nordschleswig und Dänemark erlebt, und er brachte die Agitationsmethoden der Nachbarländer nach Schweden zurück. Im Herbst 1881 begann er mit öffentlichen Versammlungen in Malmö: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ In diesen Versammlungen wurde die Gründung eines Allgemeinen Schwedischen Arbeitervereins zum Zweck der „Wahrung der politischen Interessen der Arbeiterklasse“ beschlossen. Zur Agitation wurde das erste schwedische Arbeiterblatt gegründet, „Der Volkswille“. Palm schrieb das Blatt und verkaufte es gleichzeitig selbst, und es erhielt bald den Spitznamen „Der Palmwille“. Als das Blatt in finanzielle Schwierigkeiten geriet, wurde es von den dänischen Sozialdemokraten unterstützt. Im August 1884 hatte sich in Stockholm ein Sozialdemokratischer Klub gebildet, und im September 1885 brachte er ein Blatt heraus, das heute noch das Hauptorgan der schwedischen Sozialdemokratie ist, den „Socialdemokraten“. Palm übernahm zunächst die Redaktion.

Dem Sozialdemokratischen Klub gehörte u. a. Branting an, der damals Redakteur der liberal-demokratischen „Zeit“ war. Branting stellte 1885 sein Blatt den Stockholmer Gewerkschaften als Sprachrohr zur Verfügung, und von diesem Jahr datiert der Auf-

schwung der schwedischen Gewerkschaften. Die gewerkschaftlichen Fachvereine umfaßten nahezu ausschließlich gelernte Arbeiter. Zum Teil waren sie aus den alten Gesellenvereinen entstanden und befanden sich noch unter dem Einfluß liberaler Ideen. Das änderte sich jetzt. Zunehmend wurden liberale Strömungen zurückgedrängt. Im Stockholmer Zentralkomitee mußte der liberale Vorsitzende einem Sozialdemokraten Platz machen. Das Programm erklärte: „Der Arbeitsertrag muß dem zufallen, der arbeitet.“ Die öffentlichen Arbeiterversammlungen Ende 1885 wurden in allen Städten bereits von Sozialdemokraten beherrscht. — Dergleichen versuchte die Regierung, der Bewegung mit Versammlungs- und Zeitungsverboten Herr zu werden, aber das Gegenteil wurde erreicht. In den wichtigsten Städten entstanden sozialdemokratische Zeitungen. Die Regierung ging scharf vor, im Sommer 1889 saßen sämtliche Chefredakteure der sozialdemo-

kratistischen Organe hinter schwedischen Gardinen und 1889 nahm der schwedische Reichstag nach dem Vorbild Bismarcks das sogenannte „kleine Sozialistengesetz“ an. — Dem zentralisierten Angriff der Regierung stand eine Vielzahl von lokalen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen gegenüber. Allmählich erst wurden gewerkschaftliche Landesverbände gebildet. Doch es bestand keine gewerkschaftliche Landeszentrale. Ostern 1889 schlossen sich in Stockholm sozialdemokratische Organisationen, Arbeiterklubs und Ge-



Ausstellungsgelände an den Ufern des Djurgårdsbrunnsvikens in Stockholm
Rechts ein Teil der landwirtschaftlichen Ausstellung

werkschaften zur Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SSA) zusammen. Bis 1898 galt dann die neugegründete Partei zugleich als Zentralorganisation der Gewerkschaften. Das Programm der neuen Partei war dem Gothaer Programm (1875) der deutschen Sozialdemokratie nachgebildet. Die Parteigründung gab der Arbeiterbewegung starken Auftrieb.

Die Jahre 1890 und 1891 brachten eine Reihe gewaltiger Streiks. Im Winter 1891/92 erreichte die Arbeitslosigkeit eine ungewöhnliche Höhe. In Stockholm schlossen sich ungelernete Arbeiter zu einem „Verein der Arbeitslosen“ zusammen, um Maßregeln zur Arbeitsbeschaffung durchzusetzen. Zum ersten Male wurden die ungelerneten Arbeiter von der Arbeiterbewegung erfasst, und der neugegründete Grob- und Fabrikarbeiterverband, dem bis 1909 auch die Gemeindearbeiter angehörten, nahm einen raschen Aufschwung. 1897 schlossen sich die bestehenden Transportarbeiterorganisationen zum Schwedischen Transportarbeiterverband zusammen. Die Seeleute begannen 1895 sich innerhalb des Transportarbeiterverbandes zu organisieren.

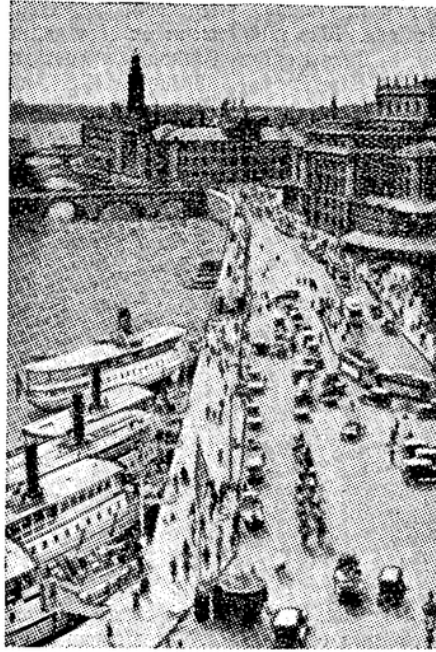
1866 hatte ein Zweikammerparlament die feudale Ständevertretung abgelöst. Der Kampf um das freie Wahlrecht wurde gemeinsam mit den Liberalen begonnen. Es wurden „Volksreichstäge“ gewählt, die zu gleicher Zeit mit dem offiziellen Reichstag tagten. Doch der Besitz-Reichstag kümmerte sich nicht um seine Konkurrenz, die Demonstration blieb ergebnislos. Die SSA forderte Generalstreik für das freie Wahlrecht. Die Gewerkschaften hielten sich für die Machtprobe des Generalstreiks noch zu schwach. Im Jahre 1898 wurde der Schwedische Gewerkschaftsbund gegründet, der bald in 16 Verbänden über 37 000 Mitglieder zählte. Den Grundstock der Organisation bildete die „Arbeitergemeinde“, der örtliche Zusammenschluß diente politischen und gewerkschaftlichen Zwecken. Im Frühjahr 1902

begannen Sonntag für Sonntag große Demonstrationen für den politischen Großstreik (das Wort Generalstreik wurde wegen der sozialistischen Anklänge vermieden). Die wochenlange Propaganda hatte außerordentlichen Erfolg. Etwa 120 000 Arbeiter beteiligten sich an dem dreitägigen Demonstrationstreik für das freie Wahlrecht (15. bis 17. Mai 1902), davon etwa 40 000 in Stockholm. Das waren mehr als die Hälfte der rund 215 000 schwedischen (männlichen) Fabrikarbeiter. Die SSA zählte 54 000 Mitglieder, aber bei den Wahlen unter dem Klassenwahlrecht erhielt sie im gleichen Jahre ganze 8751 Stimmen; im Parlament war sie machtlos. Der Großstreik hatte zum ersten Male die Arbeiterschaft Schwedens in gemeinsamer Aktion zusammengefaßt. Dem Bürgertum kam jetzt erst zum Bewußtsein, was für eine Macht eine geschlossene Arbeiterschaft darstellte. Die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze verschärften sich. In manchen Unernehmungen hatten z. B. die Transportarbeiter durchgesetzt, daß nur Organisierte beschäftigt werden konnten. Jetzt versuchten die Arbeitgeber, die Macht ihrer Reichsorganisation auszunutzen und statt der bisher üblichen lokalen Tarifverträge Reichstarifverträge für ganze Industrien zu erlangen. Besonders sahen sie darauf, daß die einzelnen Verträge gleichzeitig abliefen, so daß sie die Möglichkeit erhielten, große Arbeitermassen mit einem Schläge auszusperrten und dadurch die Gewerkschaften zu schwächen. Die Arbeiterschaft erkannte die drohende Gefahr und in den Jahren 1906 und 1907 stieg die Zahl der Organisierten von 98 000 auf 230 000. Von diesen 230 000 waren 186 000 dem Gewerkschaftsbund angeschlossen. Die politische Erregung des Wahlrechtskampfes verstärkte sich im Jahre 1905. Bis zu diesem Jahre waren Norwegen und Schweden ein Staat. Am 7. Juli 1905 hatte das norwegische Parlament die Auflösung der Union mit Schweden erklärt; die Rechte des Schwedischen Landtages forderte Krieg. Die sozialdemokratischen Organisationen beantworteten diese Forderung mit einer scharfen antimilitaristischen Propaganda. Nicht zuletzt durch diese Propaganda stieg im Herbstwahlgang 1905 die Stimmenzahl der Partei trotz des Klassenwahlrechts von 8700 auf 26 000. — In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren einzelne Konsumgenossenschaften gegründet worden. Seit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei wurde ihre Zahl so groß, daß 1899 eine Zentralorganisation geschaffen werden mußte. Die Kleinhändler wehrten sich und verlangten, daß die Fabrikanten den Genossenschaften keine Ware mehr lieferten. Und sie hatten Erfolg mit dieser Forderung: die Margarinefabrikanten, die Schokoladenfabrikanten boykottierten die Konsumvereine, die Banken machten Schwierigkeiten. Aber die Genossenschaften ließen sich nicht einschüchtern, sie antworteten mit Gegenmaßnahmen, gründeten eigene Fabriken und erzwangen im ersten Ansturm eine Verbilligung des Margarinepreises um 0,20 Kronen je Kilogramm; sie schufen eigene Sparkassen. Die Unternehmer schreckten zurück; der Boykott der Fabrikanten brach zusammen.

In diese Zeit verschärfter Klassengegensätze fiel ein Konjunkturmchwung. Die Unternehmer wollten die Löhne herabsetzen. Die Arbeiter protestierten. In der Porzellanindustrie, bei den Hafenarbeitern und bei den Holzflößern kam es zu Kampfmaßnahmen. Die Unternehmer der Herrenkonfektion schritten, um ihrer Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, zu Aussperrungen. Der schwedische Arbeitgeberverband behnte die Aussperrung auf die wichtigsten Industrien aus. Die Arbeiter forderten den Großstreik. Als am 26. Juli die Aussperrung in den Holzschleifereien, in den Sägemühlen und in der Textilindustrie, am 2. August für Eisenwerke und Bergwerke verkündet wurde, erklärte der Gewerkschaftsbund am 4. August den „Großstreik“. Von den Aussperrungen waren 70 000 Arbeiter betroffen worden, nun streikten 230 000, fast die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft Schwedens. Selbst der Schwedische Arbeiterverband („Hjörde“) wurde in diesen Streik hineingerissen. Eisenbahner und Postler beteiligten sich an dem Streik nicht; in den hygienischen Betrieben, in den Beleuchtungswerken, Wasser- und Reinigungseinrichtungen wurde die Arbeit mit Erlaubnis der Gewerkschaften

zumeist fortgesetzt. Die Transportarbeiter streikten nahezu vollständig, etwa 22 000 Gemeindegewerkschaften nahmen an der Bewegung teil. Die Führung des Kampfes ging an die Gewerkschaftszentrale über. Der Streik war in einer für die Arbeiterschaft sehr ungünstigen Situation begonnen worden und brach zusammen. Die Niederlage der Gewerkschaften wirkte sich außerordentlich stark aus. Die Mitgliederzahl der Landeszentrale sank bis auf 80 000. Erst 1922 wurde die Mitgliederzahl des Jahres 1907 wieder erreicht. Auch die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie sank von 112 000 (1908) auf 55 000 (1910).

Der Massenaustritt aus den Gewerkschaften war in der Hauptsache auf den Terror der Unternehmer zurückzuführen. Eine Reihe von Verbänden brach zusammen. Zu ihnen gehörte die Seileute- und Heizer-Föderation des Transportarbeiterverbandes; sie bestand nur noch auf dem Papier. Die Gemeindegewerkschaften wurden durch den ungünstigen Ausgang des Großstreiks schwer getroffen und die Gemeindeverwaltungen gingen scharf gegen gewerkschaftlich organisierte vor. Die alte Organisationsform (besondere Sektionen im Groß- und Fabrikarbeiterverband) hatte sich als wenig widerstandsfähig erwiesen. Die Stockholmer Gemeindegewerkschaft beantragte deshalb auf dem Gewerkschaftskongress im November 1909 die Gründung eines eigenen Verbandes. Trotz der Bedenken des Vorstandes der Landesorganisation beschloß der Kongress die Bildung eines Kommunalarbeiterverbandes. Der Verband wurde 1910 gegründet, aber erst 1912 waren die durch den Großstreik verlorenen Rechte wieder zurückgewonnen. Heute hat der Verband, vom Krankenpflegepersonal abgesehen, die Gemeindegewerkschaften Schwedens fast restlos organisiert. — Wie wenig die durch den Terror der Unternehmer gesunkenen Organisationsziffern die wirkliche Stärke der Bewegung zeigen, bewiesen die Wahlen im nächstfolgendem Jahre. Bei den Wahlen 1911, den ersten nach dem allgemeinen Wahlrecht, erhielt die Sozialdemokratie 172 000 Stimmen und fast ein Fünftel der Sitze. — Zu Anfang des Krieges waren Gewerkschaften und Partei ungefähr gleichstark. 1913 gaben die Gewerkschaften 35 durchweg monatlich erscheinende Organe heraus mit einer



In den Stromwirbeln unterhalb „Norrbor“
legen die meisten Schärenampfer an

Gesamtauflage von 153 000. Die Sozialdemokratie verfügte über 15 Blätter mit 166 000 Auflage.

Durch seine Lage an der Ostsee war Schweden zwischen Deutschland und Rußland eingeklemmt. Im Verein mit der Rüstungsindustrie hatte die Rechte Ausrüstung verlangt, aber mit Unterstützung der Sozialdemokratie hatte das liberale Ministerium eine scharfe Rüstungsbeschränkung durchgeführt. Im Februar 1914 kam es zu Neuwahlen zum „Verteidigungs-Reichstag“. Im heftigsten Wahlkampf wurde die Sozialdemokratie zweitstärkste Partei des Parlaments.

Der Kriegsausbruch brachte das Land in eine schwierige Lage. Die Rechte forderte Eintritt Schwedens in den Krieg auf seiten Deutschlands, die Sozialdemokratie verlangte vollkommene Neutralität. Die revolutionäre Bewegung Mitteleuropas schlug auch bis nach Schweden hinüber. 1918 wurde ein allgemeines gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen und für beide Kammern durchgesetzt. 1921 bildete die Sozialdemokratie ein rein sozialistisches Minderheitskabinett, das jedoch bald gestürzt wurde; doch 1924 kehrte die Partei nach den Wahlen verstärkt zurück und übernahm die Regierung von neuem. 1926 kam auch das neue Kabinett über der Arbeitslosengesetzgebung (!) zu Fall. Im neuen Reichstag 1928 brachte die bürgerliche Mehrheit gegen den Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ein Zwangslichtungsgesetz durch. Die Sozialdemokratische Linkspartei spaltete sich bei der Stellungnahme zu den 21 Punkten, deren Anerkennung die Dritte Internationale forderte. 1924 und zuletzt 1929 spaltete sich die nunmehrige „Kommunistische Partei“ von neuem. Die beiden ersten Abplitterungen schlossen sich 1923 bzw. 1925 der Sozialdemokratie wieder an. Bei den Wahlen 1928 erhielt die Kommunistische Partei 151 000 Stimmen, die Sozialdemokratische 874 000; die Sozialdemokratie zählte 220 000 Mitglieder, die dem Gewerkschaftsbund angeschlossen Organisationen 508 000 Mitglieder.

W. Auerbach.

Selbstbiographie von Alexander Knoll

Wir bringen in der gleichen Nummer der „Gewerkschaft“ eine ausführliche Besprechung des dreibändigen Werkes „Geschichte der Straße“ von A. Knoll und beginnen hier mit der Selbstbiographie des Verfassers, die insbesondere unserer jüngeren Generation zeigen soll, daß nichts verschlechter ist, als sein Schicksal willig hinzunehmen. Der Aufstieg der Arbeiterschaft erfordert stärkste Willensanstrengung jedes einzelnen. Insofern kann die nachfolgende Darstellung für unsere Kollegenschaft sowohl lehrreich als auch richtunggebend sein. D. R.

I.

Die wahrheitsgemäße Schilderung meines Lebensganges, namentlich meiner Kindheitserlebnisse, könnte vielleicht bei den Lesern, die sich von Dingen, wie sie hier geschildert werden, keine Vorstellung machen können, den Eindruck erwecken, als käme es mir darauf an, für etwaige Schwächen dieses Buches eine mildere Beurteilung zu erreichen; oder aber, meine Leistung in ein möglichst günstiges Licht zu stellen. Beides liegt mir fern. Was mich veranlaßt, in dieser Selbstbiographie rückwärtslos in Tage tiefster moralischer Dunkelheit und äußersten wirtschaftlichen Elends hineinzuleuchten, ist der Gedanke, von dem dieses ganze Buch getragen ist: Freude an der Arbeit für die Organisation zu erwecken. Besonders möchte ich meinen jüngeren Lesern an der Hand meines Lebensganges zeigen, daß ungünstige Kindheitsverhältnisse kein

Hindernis für verantwortungsvolle Arbeit in späteren Jahren zu sein brauchen; daß es nicht darauf ankommt, daß einer die Bänke einer hohen Schule gedrückt hat, sondern was er zu leisten gewillt ist. Der Entschluß, meine Biographie zu schreiben, ist mir trotzdem nicht leicht geworden. Freunde, die gelegentlich etwas von meinen Jugendschicksalen erfuhren, haben mir, zum Teil schon seit Jahren, zugeredet, meinen Lebenslauf einem größeren Kreise mitzuteilen. Wiederholt habe ich auch Anläufe dazu gemacht, habe es aber stets wieder aufgegeben. Eine gewisse Scheu, anders kann ich es nicht nennen, hielt mich immer wieder zurück. Nun habe ich mich doch entschlossen, diese Scheu zu überwinden. — Meine Jugend ist, mehr noch in moralischer als in wirtschaftlicher Hinsicht, sehr trübe und dunkel gewesen. Eine sogenannte gute Kinderstube habe ich nicht gehabt. Darin unterscheidet sich freilich wohl meine Jugendzeit wenig oder gar nicht von der anderer Proletariatsprokölinge. Arme Eltern zu haben muß ja zum Glück aber nicht immer bedeuten, als Kind so ziemlich alle Niederungen des Lebens durchwandern zu müssen. Ich habe sie durchwandert, ohne allerdings — zu meinem Glück! — sie immer erkannt zu haben. Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß mir so ziemlich alle Laufbahnen — zur T i e f e offengestanden hätten, wenn ich mich für eine solche entschieden hätte. In dieser Hinsicht stand mein Elternhaus sozusagen „jenseits von Gut und Böse“. Womit zugleich gesagt sein soll, daß ich mich in meiner Umgebung keineswegs durch besondere Tugendhaftigkeit oder gar das Bewußtsein einer solchen ausgezeichnet hätte. Woher sollte ich das auch gehabt haben! Gerade in den Kinderjahren ist es doch ganz besonders die Umgebung, die den Menschen formt. Was um mich herum vorging, war, soweit ich es überhaupt moralisch zu beurteilen fähig war, im allgemeinen für mich selbstverständlich. Als ich über einzelne Dinge erst nachzudenken lernte und dann hier und da eine gewisse Scheu und Zagheit an den Tag legte, führte mein Vater das auf meine sozusagen geistige Unvollkommenheit zurück. Er pflegte dann wohl im Kreise von Freunden und Bekannten mit einem gewissen Humor zu sagen, daß er eigentlich gar keine gesunden Jungen habe: „Der Älteste ist taubstumm, der Jüngste ist lahm und der Dritte ist dumm!“ — Das war ich. Diese Dummheit bestand zumeist darin, daß ich nicht zu jeder Art von Gelderwerb die gewünschte Geschicklichkeit an den Tag legte. Mein Vater lebte nämlich nach dem Grundsatz, sich so gut oder schlecht es ging durchs Leben zu schlagen und Geld zu verdienen — ganz gleich auf welche Art —, also auch auf krummen Wegen, nur durfte man sich dabei nicht ertappen lassen. In der Ausnutzung der eigenen Kinder zum Geldverdienen sah er ganz und gar nichts Unzulässiges. Um nur ein Beispiel anzuführen: Ich sagte schon, daß mein jüngerer Bruder lahm war. Er ist schon lange tot. Aus seiner Lahmheit wurde in der Weise Kapital geschlagen, daß meine Mutter mit ihm auf den Straßenbettel ging. Als er erwachsen war, hat er das Gewerbe in etwas anderer Form „selbständig“ fortgeführt. Ich war zu der Zeit selbst noch zu arm, um ihm aus dem Sumpfe heraushelfen zu können. Hätte

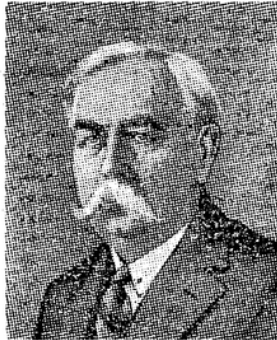
er seine gesunden Glieder besessen, so hätte er vielleicht die Energie aufgebracht, sich selbst daraus emporzuziehen. Sein Unglück war, daß er sich nicht wie ich, nachdem er der Schule entwachsen war, vom Elternhause hatte freimachen können.

Trotzdem möchte ich hier nicht den Eindruck aufkommen lassen, als seien meine Eltern besonders schlecht gewesen. Das sage ich nicht aus einem Gefühl von kindlicher Ehrfurcht. Solche habe ich, glaube ich, nie empfunden. Ich sage es auch nicht, um irgend etwas zu beschönigen. Sie waren Lumpenproletarier, gewiß; aber sie waren in diese Verhältnisse hineingeboren. Sie wußten noch nichts vom geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse; dem proletarischen Befreiungskampf, der freilich schon bei ihren Lebzeiten seine ersten Schlächten geschlagen hat, standen sie verständnislos gegenüber.

Wenn ich den Charakter meines Vaters näher bezeichnen soll, so möchte ich sagen: er war nicht besser und nicht schlechter als irgendein schwerreicher Kommerzienrat, der sich höchlichst freut, wenn es ihm gelungen ist, den Staat um einige tausend Mark Einkommensteuer zu bemogeln, oder eine Frau Baroneß, die sich köstlich amüsiert, wenn sie gelegentlich einer Sommerreise in die Schweiz für einige tausend Mark Spizen unverzollt nach Deutschland hereinschmuggelt. Weil mein Vater aber ein armer Teufel war, so war er gezwungen, die Objekte für seine Unternehmungslust in seiner nächsten Umgebung zu suchen. Meine Mutter war eine mehr passive Natur; sie mußte geschehen lassen, was geschah. Aber auch sie erblickte in den Dingen nichts Unzulässiges. Es war eben die Umwelt, die sie so und nicht anders hatte werden lassen. Der Bruder meines Vaters starb im Zuchthause, wo er wegen Diebstahls eine längere Strafe abzubüßen hatte. Allerdings behauptete mein Vater stets, daß sein Bruder diese Strafe unschuldig erlitten habe. Er war auch nur auf Grund der Aussage eines einzigen Zeugen verurteilt worden. Aber er war vorbestraft. . . Mein Vater war in denselben Prozeß verwickelt, aber freigesprochen worden. Wenn ich mich der lebhaften Erregung erinnere, die ihn bei der Schilderung dieser Vorgänge jedesmal befiel, dann glaube ich wirklich an die Ungerechtigkeit dieses Prozesses. Mit dem Bruder meiner Mutter stand es nicht anders. Er war wohl der erste Mensch, dessen Tod ich in meinem Leben ernsthaft betrauert habe. Er starb an den Folgen von Gift, das er genommen hatte, um sich einer ihn erwartenden schweren Strafe zu entziehen. Er war nämlich, was man heut einen Gentleman-Einbrecher nennen würde. Es gab bei ihm, solange er lebte, stets, wenn ich zu Besuch kam, und das geschah ziemlich oft, da meine Eltern in der Nachbarschaft wohnten, allerlei schöne Sachen. Als er starb, war ich ungefähr vier Jahre alt. Seine Frau ist später eine Dirne geworden. Daran hat sich aber niemand aus ihrem Verwandtenkreise gestoßen.

Damit glaube ich die Umwelt meines Elternhauses genügend geschildert zu haben. Soweit ich dabei als Person in Frage kam, fand ich darin nichts Besonderes. Ueber meinen eigenen Lebensgang ist folgendes zu sagen:

Geboren bin ich am 22. April 1864 in Berlin. Mein Vater, gleichfalls ein geborener Berliner, war gelernter Webergeselle, hat jedoch diesen Beruf nicht sehr lange ausgeübt und war schon zur Zeit meiner Geburt oder kurz nachher zum Baugewerbe übergegangen, wo er als Akkordsteinträger arbeitete. Er hat als solcher in Berlin die sogenannte Gründerperiode mitgemacht, in welcher Zeit diese Arbeiterkategorie eine gewisse Berühmtheit wegen ihrer hohen Akkordverdienste erlangt hatte. In der Tat erinnere ich mich, daß mein Vater gelegentlich von Wochenverdiensten von 20 bis 22 Talern sprach, für die damalige Zeit — es waren die Jahre 1872/73 — ein sehr hoher Lohn. Allerdings weiß ich auch noch, daß mein Vater oftmals schon früh um 3 Uhr zur Arbeit ging; um 4 Uhr war gang und gäbe. Es war auch selbstverständlich, daß diese Arbeiter bei der sehr schweren Arbeit gut leben mußten. Die Familie hatte also von dem großen Verdienst nur einen verhältnismäßig geringen Nutzen. Ich erinnere mich auch, daß mein Vater ein paarmal „Stricke gemacht“, d. h. mitgestreikt hatte. Was das eigentlich zu bedeuten hatte, habe ich damals nie begriffen. Es wurde über soziale Dinge nie ein Wort zu Hause gesprochen. Die damaligen Streiks im Baugewerbe sind auch wohl ohne jede Ausnahme wilde Streiks gewesen. Das Wort „Organisation“ stand jedenfalls nicht im Lexikon meines Vaters.



Alexander Knoll

Unsere Jugend

Gewerkschaftsjugendtag in Köln

12 000 junge Proletarier aus Rheinland, Westfalen und Lippe marschierten am 21. Juni in Köln ein, geeint durch das Streben nach dem gemeinsamen Ziel. Was sich die Jugend auf einem ihrer früheren Jugendtage gelobte, hält sie weiter im Bann. Nie brach sie wesentlich den Schwur:

„Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung, daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel. Unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen!“

Die gewaltige Kundgebung in der Messehalle am Sonnabend wurde eröffnet mit einem Orgelvortrag des Herrn Prof. Bachem. Dann begrüßte der rheinische Gewerkschaftsführer, Reichstagsabgeordneter Hans Böckler, namens des Bezirksausschusses der freien Gewerkschaften für Rheinland, Westfalen, Lippe den Jugendtag. Er gab seiner Freude und seinem Stolz über die riesige Beteiligung der jungen Kollegen und Kolleginnen Ausdruck und begrüßte eine große Zahl von Vertretern der Behörden und verwandter und befreundeter Organisationen. Er verwies auf die Bedeutung der Stadt Köln in der Arbeiterbewegung, erinnerte daran, daß hier die großen Arbeiterführer Marx, Engels und Lassalle und der Freiheitsdichter Freiligrath gewirkt haben. Mit eigenen Augen soll die Jugend sehen das herrliche Land am Rhein, um das jahrhundertlang und bis in die Gegenwart bitter gekämpft worden ist für die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Bewohner. Ein Kampf, an dem auch die Gewerkschaften sich mit altgewohnter Entschlossenheit beteiligt haben. Ein Kampf um das Recht gegen das Unrecht, und mehr noch sollte der Jugendtag sein. Er sollte die Zugehörigkeit der arbeitenden Jugend zur freien Gewerkschaftsbewegung bezeugen und der Jugend die Sinne schärfen und den Willen stärken für den unvermeidlichen Kampf. Er sollte die Erkenntnis der arbeitenden Jugend vertiefen zum dauernden Nutzen ihrer selbst, für die Arbeiter und für alle Menschheit.

Hierauf ergriff das Wort zur Festrede der mit stürmischem Beifall begrüßte frühere Reichsminister des Innern, Severing. Der heutige Tag soll kein Festtag mit buntem Tand und Flitter sein. Und doch empfinde ich gerade an diesem Tage die lebhafteste Genugtuung. Auch ich war einmal jung. Und ich habe damals wie ihr erkannt, daß das Los der Arbeiter nur durch den engsten Zusammenschluß der Arbeiter gebessert werden kann. Das war zu einer Zeit, in der die Gewerkschaften Deutschlands sich eben zu Zentralverbänden zusammengeschlossen hatten und nach einem langen Zeitraum der gewerkschaftlichen und politischen Ruhe darangehen konnten, für die Interessen der Arbeiter, für eine vernünftige Gestaltung der Arbeitszeit, für die Verbesserung der Löhne einzutreten. Aber in jener Zeit gab es noch keine Kämpfe derart, daß mit ihrer Einleitung auch ein Erfolg garantiert gewesen wäre. Wenn heute von einer Lawine der Gewerkschaftsbewegung gesprochen werden kann in vielen Berufen und vielen Organisationen, damals waren wir eine ganz kleine Schneeflocke. Und wer in jener Zeit, zu Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, es gewagt hätte, einen rheinisch-westfälischen Jugendtag zusammenzuberufen, der hätte nicht, wie unser Freund Böckler, Mühe gehabt, die Teilnehmer hier in der Halle unterzubringen, ich glaube in einem Straßenbahnwagen hätten die Teilnehmer versammelt sein können. Und weil das heute soviel anders geworden ist, darum bin ich froh über diesen Tag, der nicht nur Festtag sein soll, sondern auch Kampftag. Aber es ist noch ein anderer Umstand, der mich mit großer Freude erfüllt. Ich glaube, es ist ein bemerkenswerter Zufall, daß ich genau vor 4½ Jahren an dieser Stelle stand, um mit den Kölnern die Befreiungsfest zu begehen. Damals waren die Kölner schon in der Lage, die Befreiung ihrer Stadt von fremder Besatzung, von fremden Händen und von fremden Belästigungen festlich zu begehen. Und es lag damals, an einem kalten Märztag, nicht fern, sich an das Wort Geibels zu erinnern: „Und dräut der Winter noch so sehr mit trozigen Gebärden, und streut er Eis und Schnee umher, es muß doch Frühling werden.“ Ein banales Wort vielleicht; es hat sicherlich auch damals Kritiker gegeben, die der Meinung waren, daß ich allzu zuversichtlich die politische Situation beurteilt

hätte. Aber wir in Berlin, die wir in den Befreiungskämpfen dieser Zeit lebhaften Anteil nahmen, wir haben festgehalten am Zukunftsglauben, am Vertrauen an menschliche Vernunft, wir haben festgehalten am Vertrauen zu der internationalen Verständigung. Und heute können wir den Zweiflern von damals nachweisen, daß unser Glaube sich erfüllt hat. Ihr könnt fragen: Was hat diese politische oder mehr außenpolitische Betrachtung mit Gewerkschaftsjugend und Gewerkschaftsjugendtag zu tun? Ich will antworten: Wäre die Besatzung länger ausgedehnt worden, so wäre das Mißtrauen weiter Kreise des deutschen Volkes genährt worden. Das Mißtrauen gegen die Möglichkeit internationaler Verständigung überhaupt. Das Mißtrauen gegen den guten Willen unseres westlichen Nachbarn im besonderen. Wenn wir aber international über unsere Nachbarn denken sollen, dann haben gerade auch wir das Interesse daran, schnellstens mit dem Abbau des Mißtrauens zu beginnen. Mißtrauen ist der Vorbote des Hasses, und solange der Haß die Welt regiert oder die Welt irreführt, solange kann auch von einer gedeihlichen Arbeit der Gewerkschaften überhaupt nicht die Rede sein. Gerade sie brauchen internationale Verständigung. Wenn wir unsere Arbeitszeit in Deutschland vertreten wollen, dann soll man uns nicht immer mit Recht darauf hinweisen können, daß bei den Nachbarvölkern die Arbeitszeit um ein erkleckliches länger ist. Ferner soll man uns nicht entgegenhalten, daß in anderen Ländern Hungerlöhne gezahlt werden, während das Lohnniveau des deutschen Arbeiters weit höher steht. Eine solche Betrachtung der internationalen Verständigung ist ein Postulat, das gerade heute an diesem Festtage von euch erhoben werden soll. Soll es aber Belebung finden, dann darf, wie gesagt, nicht der leiseste Zweifel in euren Herzen zurückbleiben, daß es bei emsiger Arbeit doch gelingen muß, uns im Laufe der Zeit vorwärts zu treiben: Darum die Erinnerung an den Frühlingsanfang des Jahres 1926. Und heute stehen wir vor Sommersanfang. In meiner Jugend haben wir in diesen Tagen der Sommer Sonnenwende ein Lied gesungen, das eine anklagende Frage an die Arbeiter richtete. Es hieß darin, daß die Arbeiter, ob Frühling oder Sommerszeit, doch nur schaffen und dienen müssen, ohne im Herbst die fruchtbare Ernte heimzubringen. Ist diese Frage heute schon beantwortet? Sind die Voraussetzungen für diese Anklage schon gefallen? Hat der Arbeiter die Frucht geerntet? Hat er heute schon den uneingeschränkten Segen der Arbeit? Bringt er das Korn nicht oft in die Scheuern anderer? Und daran soll dieser Tag uns erinnern, daß diese Welt noch nicht frei ist, daß auch in der Zukunft die emsige Arbeit der Gewerkschaftsjugend erforderlich ist, wenn der Vormarsch der Arbeiterklasse in der ganzen Welt nicht bloß eine Redensart sein, sondern Tatsache werden soll. Die rheinisch-westfälische Jugend soll keinen Augenblick irre werden daran, daß es gelingen werde, die Arbeiterklasse vom Druck des Kapitalismus zu befreien. Dann wird die Aufforderung Erfüllung finden, die der Arbeiterdichter, von dem ich eben sprach, am Schluß seines Liedes gesungen hat: „Ihr trutzigen Gesellen, laßt wachsen Korn und Wein und laßt zur Ernte schwellen, einst wird sie unser sein.“

Nach zwei weiteren Orgelvorträgen erfolgte die Uraufführung eines Sprechchorwerkes von Erich Gripar, „Das Tor“, das von etwa 300 jungen Arbeitern und Arbeiterinnen aus Köln, Düsseldorf und Oberhausen vorgetragen wurde. Dann formierten sich die 15 000 Teilnehmer der Kundgebung zu einem machtvollen Fackelzug, der sich vom Messelgelände unter der Dombrücke her zur Hängebrücke, über diese dann auf der Kölner Seite wieder zur Rheinwerft, bis zum Dom, und über die Dombrücke wieder zurück ins Messelgelände bewegte. An Tausenden von Zuschauern vorbei bewegte sich der Zug. Kommunistische Störungsversuche hatten keinen Erfolg. Sie prallten ab an der eisernen Disziplin und machtvollen Ruhe der jungen Demonstranten. Während des Fackelzuges erstrahlten die linke Uferfront zwischen den beiden Brücken und der Dom im grellen Scheinwerferlicht. Die freien Wasserportler veranstalteten gleichzeitig auf dem Stromabschnitt zwischen den Brücken ein Campionkorsopaddeln.

Auf vielen großen Dampfern verschiedener Kölner Dampfschiffahrtsgesellschaften fuhren dann die Jugendtagsteilnehmer am Sonntag ins Rheintal. Die einen hatten Remagen als Ziel gewählt, die anderen Rolandseck. Von dort erfolgte dann die Besteigung der Erpeler Ley bzw. des Rodderberges. Mit der Heimfahrt fand ein Jugendtag sein Ende, der allen seinen Teilnehmern ein unvergeßliches Erlebnis sein wird, an das sie in ihrem späteren Leben nur mit Stolz und Freude zurückdenken werden.

Bildungsarbeit

Frick will abbauen.

Ein Schlag gegen die Heimvolkshochschule Tinz

In den Tagen des allgemeinen Zusammenbruchs im November 1918 war es einigen beherzten und weitblickenden Männern gelungen, für die Arbeiterschaft ein wertvolles Gut in Sicherheit zu bringen. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschlagnahmte in diesen stürmischen Tagen in unmittelbarer Nähe der Stadt Gera das Schloß Tinz. Tinz, das sich in vollständig verwahrlostem Zustande befand, war hintereinander feudaler Witwensitz, Asyl für polnische Sachsenländer und Kriegsgefangenen-Lager. Während des Krieges war es ein Lazarett. Es mußte völlig instand gesetzt, und konnte im März 1920 den Lehrern und Schülern als erste deutsche sozialistische Heimvolkshochschule übergeben werden. Ueber die schweren Zeiten wirtschaftlicher Not, über die Inflation konnte sich diese proletarische Schule hinweghelfen, da sie der Hauptteil einer selbständigen Stiftung war und neben Grundstücken, einem Gut, noch über etwa 1000 Hektar Wald verfügte. Im Jahre 1923 setzten sich das Land Thüringen mit den einzelnen Ländern auseinander. Tinz wurde bei dieser Gelegenheit Staatschule. Bedeutende Sachwerte gingen dabei an Thüringen über, das sich andererseits gesetzlich verpflichtete, die Heimvolkshochschule „im bisherigen Umfang und mit den bisherigen Erziehungs- und Lehrzielen“ aufrechtzuerhalten. Die Schule ist keine Parteschule, ebensowenig eine gewerkschaftliche Fachschule, sie ist eine der gesamten Arbeiterbewegung dienende sozialistische Weltanschauungsschule und wird daher auch von der Partei und den freien Gewerkschaften unterstützt.

Erst Herrn Frick, dem famosen hakenkreuzlerischen Polizei- und „Volksbildungs“-Minister, blieb es vorbehalten, einen Schlag gegen diese proletarische Bildungstätte zu führen. Während die Bauernhochschule in Neubietendorf und die Heimatschule in Berka wie bisher weitergeführt werden sollen, hat sich Herr Frick kurzerhand über den Vertrag hinweggesetzt und den Etat der Heimvolkshochschule um zwei Drittel gekürzt. Damit will er natürlich die Schule vernichten, da das Schulgeld derartig erhöht werden mußte, daß es den jungen Arbeiterinnen und Arbeitern unmöglich wäre, die Kurse zu besuchen. Erfreulicherweise ist die Reichsregierung insofern eingesprungen, als sie es ermöglichte, den laufenden Kursus zu Ende zu führen. Der Staatsgerichtshof wurde ebenfalls von der Stadt Gera und von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion angerufen, um Herrn Frick in die Schranken zu weisen und die Heimvolkshochschule der Arbeiterbewegung zu erhalten.

Während der Pfingstfeiertage waren nun in Gera die ehemaligen Tinzler Schüler, die mehr oder weniger in Partei und Gewerkschaft Vertrauensstellungen und Funktionen inne haben, versammelt. Unter ihnen befanden sich auch eine Reihe Mitglieder und Funktionäre des Gesamt-Verbandes. Die Organisationen und der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit waren durch den Genossen Alexander Stein (Berlin) vertreten. Trotz der großen allgemeinen wirtschaftlichen Notlage waren von den rund 1000 durch Tinz gegangenen Schülern etwa 200 gekommen, die sich mit dem Problem „Sozialismus von heute“ eingehend und lebhaft beschäftigten. Die Referate wurden von den Genossen Brauntal (Berlin) und Jensen und Winkler (Gera) gehalten. In einer abgehaltenen Aussprache über „Tinz und die Praxis“ und einen Bericht über die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Schule, wurde eine Resolution angenommen, die sich entschieden gegen die Abbaumaßnahmen des Herrn Frick wendet und die organisierte Arbeiterschaft auffordert, alles zu tun, um eine Vernichtung der Schule zu verhindern.

In den zehn Jahren ihres Bestehens hat die Heimvolkshochschule Tinz bewiesen, daß sie die Anforderungen, die die organisierte Arbeiterschaft an sie gestellt hat, zu erfüllen verstanden hat. Sie vermittelt den jungen proletarischen Menschen dreierlei: einmal die Wirtschaftslehre, dann die Geschichte und die Kulturlehre im Sinne des Sozialismus. Der Haß der National-„Sozialisten“ ist daher auch verständlich. Der Kampf, den die Heimvolkshochschule durchsetzen muß, ist ein Kampf des Sozialismus und der freien Gewerkschaften überhaupt. An dem eisernen Willen der Arbeiterbewegung werden alle Maßnahmen des Herrn Frick scheitern. Die Schule wird bestehen und der Geist des Sozialismus wird noch lange weiterwirken, wenn man von Herrn Frick und den Hakenkreuzlern überhaupt nichts mehr weiß.

Zu diesen Schulabbaubestrebungen des Herrn Frick hat auch die Reichsbildungskonferenz der Sozialdemokratischen Partei (27. bis 29. Juni in Nürnberg) Stellung genommen und folgende Entschließung angenommen:

Aus Anlaß der Zehnjahrfeier der Heimvolkshochschule Tinz und angefaßt der politischen Maßregelung dieser Schule durch den jetzigen nationalsozialistischen Volksbildungsminister Thüringens, erklärt die Reichsbildungskonferenz, daß die Heimvolkshochschule Tinz aus der sozialistischen Kultur- und Bildungsbewegung hervorgegangen und mit ihr auf das engste verbunden ist. Für die Schulung der jungen Generation hat sie wertvolle Dienste geleistet. Die Konferenz richtet an die beteiligten Organisationen und Instanzen die dringende Bitte, dem unerhörten Versuch eines hemmungslosen, politischen Fanatismus, die Existenz der Schule zu untergraben, energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Frick Himsel, Nürnberg.

Bildungskonferenzen für Betriebsräte in Kassel und Mainz

Im Rahmen des Betriebsräte-Bildungsprogramms hielt die Leitung des Bezirks Hessen am 15. Juni eine Schulungskonferenz für Betriebsräte in Kassel ab. Circa 50 Teilnehmer aus Kassel und Umgegend waren zu dieser Konferenz erschienen. Kollege Will von der Bezirksleitung verstand es, diese Konferenz interessant und bildend zu gestalten. Allgemein wurde der Wunsch laut, daß sich derartige Konferenzen wiederholen sollten. — Die Konferenz in Mainz wurde am 22. Juni abgehalten. Es nahmen teil 25 Kollegen aus Gemeindebetrieben, 7 aus Handel und Verkehr, 6 Kollegen aus Reichs- und Staatsbetrieben und 3 Kollegen aus dem Gesundheitswesen. Kollege Will behandelte in Arbeitsgemeinschaft mit den Teilnehmern das Betriebsrätegesetz sowie die anderen in Frage kommenden einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Hierbei wurde auf die praktische Tätigkeit der Betriebsräte der Hauptwert gelegt. Dies hatte den Erfolg, daß eine Fülle von Fragen behandelt werden konnten, die allgemein von Interesse für die Kollegen waren. Man war der Meinung, daß derartige Kurse nach jeder Neuwahl der Betriebsräte wiederholt werden.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung wandte sich in der Reichstagsitzung vom 30. Juni 1930 Abg. Litke (Soz.). Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

„Der Entwurf zur Änderung der Krankenversicherung ist ein ungeheurer Eingriff in die Rechte der arbeitenden Klassen. Schon jahrelang hat die Unternehmerpresse und haben andere bürgerliche Zeitungen eine Hege gegen die Krankenversicherung getrieben, in der Regel unter wesentlicher Mitwirkung der Ärzteschaft. Ein großer Teil der Vorschläge des Entwurfs stimmt überein mit den Vorschlägen einer Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände vom März d. J. Darin war eine Entlastung der Krankenversicherung um 500 Millionen gefordert. Die jetzige Vorlage hat ihr Vorbild schon in den Äußerungen des Reichsarbeitsministers und des Abg. Dr. Brauns am 14. Mai im Auschuß gefunden. Man hat damals davon gesprochen, daß die Ersparnisse bei der Krankenversicherung das Mantel bei der Invalidenversicherung, vielleicht sogar bei der Arbeitslosenversicherung decken sollten. Der Minister hat erklärt, wenn die Familienhilfe so weiter geht, so würde mehr als die Hälfte des deutschen Volkes keinen Pfennig für Krankenhaus, Arzt und Arzneien zu bezahlen haben. Selbst die christlichen Gewerkschafter werden diese Ansicht des Ministers nicht teilen, der doch weiß, daß die Arbeiter und Angestellten die Beiträge bezahlen, also nichts umsonst bekommen. Es ist ganz klar, daß die Ersparnisse an der Krankenversicherung gemacht werden sollen, um die Finanznot des Reiches zu mildern; dazu will man also den Kranken ein Notopfer auferlegen, es handelt sich gar nicht um die Beseitigung von Mißständen. Auf der Kundgebung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat sogar ein Unternehmer erklärt, daß dieser Entwurf ein Produkt der Kofflozigkeit der Reichsregierung ist und daß man durch diese Maßnahmen nicht die Arbeitslosenversicherung gesund, aber die Krankenversicherung krank machen werde. In ihren Beratungsunterlagen gibt die Regierung selbst zu, wieweil ungeheure Kosten die krankheitsvorbeugende Arbeit der Krankenkassen verursacht; sie erkennt selbst an, daß die Jahre des Krieges, der Inflation und der Wirtschaftskrisen erhöhte Fürsorge notwendig gemacht haben, aber dann ist doch gerade die Gegenwart am ungeeignetsten zu Verschlechterungen! Nach dem Regierungsentwurf soll die Versicherungsabrechnung für alle erfolgen, deren regelmäßiges Gesamteinkommen 8400 M. übersteigt. Diese Angestellten mit 700 M. monatlich haben zum größten Teil Jahre und sogar Jahrzehnte der Krankenversicherung angehört, und der Gesetzgeber hat nicht das Recht, diesen Leuten, die nicht versicherungspflichtig, aber dazu berechtigt sind und die zugunsten ihrer Familie sparen und den Beitrag bezahlen, um diesen Schutz zu bringen. Mit dem Ausschneiden würden also erworbene Ansprüche erlöschen. Uebrigens bedeutet chronische Krankheit oder Operation auch für Leute mit 700 M. Einkommen eine so schwere

Belastung, daß man ihnen die Versicherung nicht nehmen darf. Die Vorlage will den Grundlohn von 10 auf 9 M. herabsetzen und damit entsprechend auch die Leistungen. Das machen wir nicht mit. Wir werden Erhöhung auf mindestens 12 M. beantragen. Nach der Vorlage soll das Krankengeld nicht mehr vom vierten Tage an, sondern erst vom vierten Werktag an bezahlt werden, und der Sonntag rechnet nur dann, wenn er für den betreffenden ein Arbeitstag gewesen wäre. Nach dieser Bestimmung kann es bei einer Erkrankung oder einem Unfall etwa am Weihnachtshilfsabend, wenn dieser auf einen Sonntag fällt, bis zum neuen Jahre dauern, bevor das erste Krankengeld ausgezahlt wird. Diese Regelung ist für uns nicht annehmbar. Eine Bezahlung für Krankenschein und Arznei ist 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen abgelehnt worden; das Zentrum war dagegen. Die Bezahlung der Krankenscheine auch für die Familienangehörigen würde etwa bei einer Grippeepidemie, wenn vier Familienmitglieder krank sind, 6 M. für die Scheine erfordern. Das Krankengeld soll erst von der sechsten Woche an erhöht werden können. Durch übereinstimmenden Beschluß der Unternehmer und der Arbeitervertreter besteht heute bei 311 Kassen mit 3 120 000 Mitgliedern ein Krankengeld von 60 Proz. von der ersten Woche an. Alle diese Personen würden nur noch 50 Proz. mindestens bis zur sechsten Woche erhalten. Schließlich würde der Entwurf auch noch weiterhin das Befehlen von Zunftgeschäften mit 30 Befehligen und 120 Gehilfen ermöglichen. Die Sozialdemokratie steht schützend vor den sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird diese Verschlechterungen der Reichsversicherungsordnung ablehnen."

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Befreiungsfeiern fanden in der nun auch geräumten dritten Zone an verschiedenen Orten, wie Mainz und Wiesbaden statt. Ansprachen hielten dabei die Reichsminister Wirth und Trebmann, der preussische Ministerpräsident Braun, der Landeshauptmann der Rheinprovinz Porion und andere. Ebenso haben Kundgebungen zur Rheinlandsbefreiung erlassen die Reichsregierung, die preussische und die bayerische Regierung. Der Reichstag, dessen Präsident Lohse eine Gedächtnisrede hielt, und der preussische Landtagspräsident Bartels im Namen des Landtags. Der österreichische Bundespräsident Miklas sandte dem Reichspräsidenten Hindenburg ein Glückwunschtelegramm. — Die Rheinlande sind wieder frei! Wann folgt die Befreiung des Saargebiets?

Streik gegen Lohnabbau. Am 2. Juli sind in Westfalen 20 000 Metallarbeiter in den Streik getreten zur Abwehr des von den Unternehmern diktierten Lohnabbaus um 7½ Proz.

Amnestie. Der Reichstag beschloß am 2. Juli ein Gesetz, nach welchem alle vor dem 1. September 1924 begangenen politischen Straftaten amnestiert werden, wenn sie sich nicht gegen ein Mitglied der Reichsregierung richteten. Betroffen werden von dieser Befreiung in erster Linie die Fememörder. Für das Gesetz stimmten alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie.

Gegen die Separatisten richteten sich zahlreiche und schwere Exzesse in Mainz, Wiesbaden, Kaiserslautern und Worms. Die französische Regierung hat bereits eine Protestnote angekündigt.

Keine Betätigung der Beamten in der Nationalsozialistischen und der Kommunistischen Partei. Die badische Regierung hat ihren Beamten die Betätigung in der Nationalsozialistischen und die preussische Regierung ihren Beamten die Betätigung in der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei untersagt.

Aus unserer Bewegung

Die Betriebsrätekonferenz des Bezirks 17 am 22. Juni 1930 in Erfurt war besucht von 150 Betriebsräten. Kollege Riedel-Berlin referierte über die „Aufgaben der Betriebsräte im Gesamtverband“. Dann folgte ein Referat des Kollegen Dr. Hertneck über „Betriebsergebnis und Reingewinn“. Er schildert wie im allgemeinen die Bilanzen aufgestellt werden. Notwendig sei dabei, daß besonders sich die Betriebsräte mit der Aufstellung der Bilanz befassen und mündliche Aufklärung verlangen. — Nach erfolgter Aussprache wurden folgende Entschlüsse angenommen:

1. „Die am 22. Juni 1930 im Volkshaus zu Erfurt tagende Betriebsrätekonferenz des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Bezirk 17, wendet sich mit aller Schärfe gegen die von den privaten Interessentenkreisen betriebene Entkommunalisierung der öffentlichen Betriebe und bezeichnet eine solche Maßnahme geradezu als ein Verbrechen wider die gesamte Gemeinwirtschaft, wenn in der jetzigen Notlage das Finanzkapital zu einem solchen Schläge gegen die öffentliche Wirtschaft ausholt. Insbesondere erwartet die Konferenz, daß die Vertreter der Arbeiterschaft in den Gemeindeparlamenten sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, diesen Bestrebungen der Entkommunalisierung zu widerstehen. Sie begrüßt die Kundgebung des Verbandsvorstandes zur Lage der öffentlichen Wirtschaft und gelobt, den Gesamtverband in seinem Kampfe gegen die Entkommunalisierung nachdrücklich zu unterstützen.“

2. „Die am 22. Juni 1930 in Erfurt im Volkshaus tagende Bezirkskonferenz der Betriebsräte des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und

Warenverkehrs, Bezirk 17, wendet sich mit aller Schärfe gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte Verschlechterung der Sozialversicherung, die für die Arbeiterschaft noch weit größere Not und Elend bringen muß, als sie jetzt schon besteht. Die Konferenz erwartet von dem Vorstand des Gesamtverbandes sowie vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, daß alle Mittel ergriffen werden, um die geplanten Verschlechterungen zu verhindern. Um die Arbeitslosigkeit zu beheben, verlangt die Betriebsrätekonferenz, daß unsere Mitgliedschaft sowie auch die gesamte Arbeiterschaft alle Ueberarbeitszeit vermeidet. Der Reichstag muß ein Gesetz schaffen, das jede über die achttündige Arbeitszeit hinausgehende Arbeit verbietet. Scharf verurteilt die Konferenz den von den Unternehmern mit Hilfe der Reichsregierung jetzt schon teilweise durchgeführt und noch beabsichtigten Lohnabbau, der, weil er die Kaufkraft der Arbeiterschaft verschlechtert, niemals die Wirtschaftslage zu verbessern vermag. Die Hebung der Wirtschaftslage kann nur erfolgen, wenn die Reichsregierung für ausreichende Arbeitsbeschaffung sorgt. Die der Reichsbahn und Reichspost zustehenden Anleihegelder sind alsbald zu verstärkter Auftragsvergebung zu benutzen. Der Landstraßenausbau, ein dringendes Erfordernis des Kraftverkehrs, ist durch Hereinnahme ausländischer Mittel nach Kräften zu fördern. Der öffentlichen Hand dürfen nicht länger mehr die Kredite gesperrt werden, die sie zur Bestreitung kommunalwirtschaftlicher Aufgaben benötigt. Nicht zuletzt müssen dem Wohnungsbau inländische und ausländische Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Bezirkskonferenz ruft die gesamte Kollegenschaft des Bezirks 17 auf zum gemeinsamen Kampf und zur tatkräftigen Mitarbeit gegen die Willkür des Unternehmertums.“

Gräfenhainichen. Die Versammlung des Gesamtverbandes am 18. Juni befaßte sich mit den Vorstandswahlen, außerdem mit allgemein die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe berührenden Fragen. Die Verhandlungen waren von großer Sachlichkeit erfüllt und zeigten das lebendige Interesse, das die Vertreter der einzelnen Gruppen der Tätigkeit des Verbandes entgegenbringen. Es ist Pflicht aller Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben, Verwaltungen, Verkehrsinstituten usw. die Mitgliedschaft im Gesamtverband zu gewinnen. Anmeldungen nimmt entgegen Kollege Gottlob Apelt, Gräfenhainichen, Mittelweg 3, während dringliche Anträge an die Ortsgruppenverwaltung Halle, Harz 42/44, zu richten sind.

RUNDSCHAU

Karl Bürker 25 Jahre Verbandsangestellter. Karl Bürker, Bezirksleiter des Gesamtverbandes, wurde am 16. März 1875 in Stuttgart geboren und erlernte später das Gärtnerhandwerk. Durch die Arbeitsverhältnisse in der Gärtnerei kam der junge Feuerkopf bald mit der gewerkschaftlichen Organisation in Berührung, für die er seine ganze Kraft einsetzte. Nachdem er dann kaum 25jährig in der Stadtgärtnerei Stuttgart Arbeit fand, trat er dem damals durch Beitritt des Württemberger Gemeindearbeitervereins stark gewordenen „Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitern und Unterangestellten“ bei. Hier wurde er bald Funktionär und Dorstandsmitglied. Als Vorsitzender der damals für das Süddeutsche Sekretariat bestehenden Kommission hatte er in Abwesenheit des Gauleiters Kollegen Altvater die gesamten Sekretariatsgeschäfte zu erledigen. Die rege Agitation, die durch diese Arbeit einsetzte, zwang den Verband bald eine weitere besoldete Kraft anzustellen. Was war einfacher als den bisher bewährten und umsichtigen Vorsitzenden Kollegen Bürker aus dem Arbeitsprozeß herauszunehmen und ihn als Hilfs-Gauleiter zu übernehmen. Am 6. Juli 1906 wurde dann Karl Bürker hauptamtlich in Stuttgart für das Süddeutsche Sekretariat angestellt. Seine Tätigkeit brachte es mit sich, daß schon nach wenigen Monaten seine Uebersiedlung als selbständiger Gauleiter am 1. Oktober 1906 nach K o l m a r erfolgte. Hier setzte eine für die spätere Entwicklung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter außerordentlich günstige Tätigkeit des Kollegen Bürker ein. Der schwierigen Bewegung in Elsaß-Lothringen und Südbaden wurde er bald Herr. Schon nach einigen Jahren konnte er eine stattliche Mitgliederzahl mustern. Am 1. April 1907 wurde der Sitz der Geschäftsstelle nach Straßburg verlegt, wo Bürker dann bis zur Abtretung dieses Gebiets an Frankreich am 1. Januar 1919 blieb. Er war es auch, der in Straßburg schon in der Vorkriegszeit für die Gemeinbearbeiter die ersten Tarifverträge und Arbeitsordnungen abschloß, sowie für gute Ruhegehälter sorgte. Bürkers Tarifvertragsentwürfe waren für das gesamte Verbandsgebiet vorbildlich. In Straßburg nahm er auch am öffentlichen Leben teil. Die Arbeiterschaft schätzte seine unermüdete Arbeitskraft und wählte ihn 1914 in den Gemeinderat, ebenfalls wurde er Geschäftsführer der Siedlungs-Genossen-

chaft. Nach seinem Fortgang von Straßburg war er noch erst drei Monate in Stuttgart tätig, um dann am 1. April 1919 Bezirksleiter für den Freistaat Baden zu werden. Hier hat Bürker im Verein mit seinen Funktionären eine vorbildliche Organisation aufgezo-gen und für seine Mitglieder gute Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen. Fast alle Gemeinden in Baden wurden von der Organisation erfaßt und für die Beschäftigten gute Ver-tragsverhältnisse geschaffen. Bis zur Verschmelzung zum Gesamt-Verband am 1. Januar 1930 waren die Gemeinde- und Staats-arbeiter in Baden bis zu 80 Proz. von der Organisation erfaßt und rund 12 000 Mitglieder in Baden konnten dem großen Gesamt-Verband zugeführt werden. Bürker als nunmehriger 1. Bezirks-leiter des Gesamt-Verbandes für Baden-Pfalz und Saarland hat ein arbeitsreiches im Dienste der Allgemeinheit stehendes Leben hinter sich. Er war immer ein Kopf mit fortschrittlicher und klarer Zielrichtung. Er war es auch, der selbst in der ihm bis zum Jahre 1922 fremd gewesenen Beamtenbewegung beherzt einsprang, um die Beamtschaft für die freien Gewerkschaften zu gewinnen. Lange Jahre war er darum auch der Vorsitzende des Landes-ausschusses Baden des ADB. Wir wünschen, daß der Ewigjunge noch weitere Jahre im Dienste der Arbeiterbewegung tätig bleibt, um seine Kraft für die Allgemeinheit zu erhalten.

Der 40. ordentliche Berufsgenossenschaftstag am 2. und 3. Juni in Dresden nahm die Rechnungslegung des Verbandes der deut-schen Berufsgenossenschaften entgegen und erledigte den Doran-schlag sowie kleine Satzungsänderungen. Ferner mußte die Neu-wahl des Vorsitzenden des Verbandes erfolgen, da Dr. Spiecker wegen vorgerückten Alters eine Wiederwahl ablehnte. An seiner Stelle wurde Dr. Conrad v. Borstig zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Am zweiten Sitzungstage erfolgte die Er-stattung des Geschäftsberichts. Aus diesem ist hervorzuheben die Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes über Unfall-verhütung, der Bericht über das neue Abkommen mit den Aerzte-organisationen und dem damit ermöglichten Ausbau des Berufs-genossenschaftlichen Heilverfahrens. Gegenüber den Bestrebungen territorialer Gliederung der Unfallversicherung wird auf die seit Jahrzehnten bewährte Fachgliederung der Berufsgenossenschaften verwiesen, die zwangsläufig zu einer Spezialisierung auf den ver-schiedenen Einzelgebieten führte und dadurch Höchstleistungen be-sonders auf dem Gebiet der Unfallverhütung erzielte. Die Be-lastung der Berufsgenossenschaften durch die Entschädigungspflicht der Wegeunfälle sowie durch die geforderte Aufwertung eines Darlehens des Reiches aus dem Jahre 1922 wird sodann berührt und von der Einrichtung einer Revisionsstelle, einer Preßstelle und einer Schiedsstelle zur Erledigung von Streitfachen Kenntnis gegeben. — Anschließend folgte der Bericht der Zentralstelle für Unfallverhütung sowie der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Beide Einrichtungen haben ihre unfallverhütende Arbeit mit bestem Erfolge auch im vergangenen Berichtsjahr durchführen können. Nach einem Vortrag des Herrn Landesrat Dr. Stahl über „Die Rechtsnatur der Reichsunfallversicherung“ referierte Dr. Roemer über die „Eigenversicherung der Gemeinden in der Reichsunfallversicherung“. Er riet dringend, den ent-sprechenden Antrag des Deutschen Städtetages abzulehnen, da nur die fachliche Gliederung der Berufsgenossenschaften, die zur Spezialisierung zwingt, Höchstleistungen in der Unfallverhütung und der Heilbehandlung erziele. Die territorial gegliederte ge-meindliche Unfallversicherung erzeuge Unzulänglichkeiten und lasse keine Ersparnisse erwarten. Dr. Roemer schloß mit der Anregung, den Gemeinden die Entschädigung der Wege- und Verkehrsunfälle zu übertragen. In lebhafter Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten einheitlich unterstützt, belegt und ergänzt. — Der Leiter der Zentralstelle für Unfallverhütung, Gewerbeassessor a. D. Michels, berichtete sodann über die „Änderungen der Normal-Unfallverhütungs-Vorschriften“. Seine Anträge wurden ohne Widerspruch angenommen, so daß eine kleine Sachverständigenkommission nunmehr die endgültige Fassung und Herausgabe der neuen Unfallverhütungsvorschriften zu Ende führen kann.

Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik. Das Statistische Reichsamt hat soeben die Ergebnisse der Lohnsteuer für das Jahr 1928 ver-öffentlicht. Da inzwischen die Löhne und Gehälter nur geringfügig erhöht worden sind, in vielen Berufen noch heute aber die Löhne und Gehälter von 1928 gezahlt werden, so treffen die gemachten Feststellungen auch noch jetzt in vollem Umfang zu. Danach waren im Jahre 1928 in Deutschland rund 24 Millionen Lohnsteuerpflichtige vorhanden. Hiervon zahlten rund zehn Millionen keine Steuern, d. h. sie waren vom Steuerzahlen befreit, weil sie weniger als 1200 Mark Jahresverdienst hatten. Außerdem schieden 415 000 Lohnsteuer-pflichtige vom Steuerzahlen aus, deren Einkommen zwar 1200 Mark überstieg, die aber wegen der Kinderzahl keine Steuern zahlten. Es ist also die Tatsache zu verzeichnen, daß rund 10,5 Mil-lionen Arbeiter und Angestellte keine Steuern zahlten, weil sie nicht das Existenzminimum verdienten. Rund 44 Prozent der im

Erwerbsleben stehenden Arbeiter, nahezu die Hälfte, hat unter 1200 Mark Jahresverdienst. Das ist eine erschütternde Feststel-lung. Von den restlichen 13,5 Millionen, die Steuern zahlten, hatten rund 46 Prozent auch nur ein Jahreseinkommen bis 1500 Mark. Es verbleiben mithin nur rund 7,5 Millionen Ar-beiter, Angestellte und Beamte, die über 1500 Mark im Jahre bekommen. Weitere 38 Prozent der Steuerzahlenden haben ein Jahreseinkommen von 1500 bis 3000 Mark. Ueber 3000 Mark haben nur rund 16 Prozent der Steuerzahlenden. Es ergibt sich daraus die erschütternde Tatsache, daß von 24 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern nur 2,1 Millionen über 3000 Mark im Jahre verdienen. Die übrigen, und es ist gewiß eine gewaltige Zahl, haben einen Monatsverdienst von unter 250 Mark. Das ist eine Summe, mit der sich die Generaldirektoren als Tages-entgelt nicht begnügen. Für sie wirft man Tausende hinaus; für die Arbeiter und Angestellten ist nichts da. Das Empörendste aber ist, daß die niedrigen Löhne und Gehälter noch gesenkt wer-den sollen. Die Unternehmer sprechen nicht von den Jahres-verdiensten der Arbeiter, sie weisen immer auf die Stundenlöhne hin. Je mehr Feierschichten es gibt, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Aussetzen, desto mehr verringert sich das Jahreseinkommen. Am Jahresende stellt dann der Facharbeiter fest, daß er trotz seines guten Stundenlohnes nicht das Existenzminimum verdient hat. Aber die Frage hat noch eine andere Seite. Verringert sich das Lohneinkommen, verringern sich auch die Steuereingänge aus den Lohnsteuern. Nach den Ausweisen des Statistischen Reichs-amts sind die Steuerbeträge aus der Lohnsteuer von 996,8 Mil-lionen Mark 1926 auf 1,2 Milliarden Mark im Jahre 1928 ge-stiegen. Bei einer Senkung des Lohnniveaus werden die Beträge zurückgehen. Oder ist etwa beabsichtigt, das Existenzminimum zu senken? Da die derzeitige Regierung schon manchen arbeiter-schädlichen Plan ausgeheckt hat, muß man befürchten, daß sie auch damit noch kommt. Auf jeden Fall haben die Arbeiter allen Grund, auf dem Posten zu sein.

Wieviel Staub ist in der Luft? Die Zahl der Staubchen, die in der Luft fliegen, ist nach Ort- und Zeitumständen verschieden. Wirklich staubfrei ist nur Luft in höchster atmosphärischer Höhe

1m Kubikzentimeter Luft befinden sich Staubteilchen (bei trockenem Wetter)

1000
auf flachem Lande

250
ca. 1000 m
Berghöhe

keine
über d. Meeres-
spiegel
auf freiem Ozean

Bei Regenwetter ca. 1/4

1m Kubikzentimeter Luft befinden sich Staubteilchen (bei trockenem Wetter)

Turmhöhe ca. 100m 100.000

V. Etage ca. 50m 1/4 Mill.

III. Etage ca. 25m 1/2 Mill.

I. Etage ca. 6m 3 Mill.

Kopfhöhe 10 Mill.

Auf dem Strassenpflaster 100 Millionen

In der Großstadt

Der Staub ist dem menschlichen Organismus dadurch gefährlich, daß er die Flimmergewebe in den Luftwegen des Körpers mit der Zeit zerstört.

BRIEFKASTEN

Zur gefälligen Beachtung! In letzter Zeit häufen sich immer mehr die Fälle, daß uns Zuschriften ohne Unterschrift oder Begleit-schreiben gefandt werden. Es ist unmöglich, solche Notizen und Aufsätze abzdrukken, weil wir dafür keine Verantwortung über-nehmen können. Wir bitten deshalb alle Verbandsfunktionäre, die an die Redaktion schreiben, dringend, durch Unterschrift oder Begleitschreiben kenntlich zu machen, wer der Verfasser der Zu-schrift ist. Schriftleitung der „Gewerkschaft“.